

17 Konsumententwicklung bis 2030 nach Haushaltstypen und Szenarien

LORETO BIERITZ/THOMAS DROSDOWSKI/BRITTA STÖVER/INES THOBE/MARC INGO WOLTER

In Kapitel 4 zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegen Befunde bis zum aktuellen Rand und Projektionen bis 2030 zur makroökonomischen Entwicklung Deutschlands vor. Während sich die sektorale und die aggregierte Wertschöpfung der Volkswirtschaft positiv entwickeln können, kann auf der Ebene der Haushalte und Individuen ein ganz anderes Bild entstehen. So hat sich z. B. die Verteilung des Nettovermögens zwischen den Haushalten im Zeitraum 2010 bis 2015 trotz des vergleichsweise hohen Wirtschaftswachstums (vgl. Tabelle 4.2 Kapitel 4 in diesem Bericht) nicht verbessert (Deutsche Bundesbank 2016). Auch eine positive Entwicklung der Teilhabebedingungen, wie sie seit 2007 beobachtet werden kann (vgl. Kapitel 1), bedeutet nicht, dass sich die Chancen für alle Haushalte gleich entwickeln. Für eine umfassende Beurteilung der Makroergebnisse ist somit eine Analyse auf Haushaltsebene unerlässlich. In diesem Kapitel wird deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Einkommensentstehung und -verwendung verschiedener Haushaltstypen gelegt. Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 werden im Rahmen der sozioökonomischen Modellierung fortgeschrieben.¹ Die Methode wurde in Drosdowski, Stöver und Wolter (2014) erläutert. Die Befunde auf der so gefassten Mesebene werden insbesondere im Hinblick darauf interpretiert, wie sich die Situation der Familienhaushalte und der Haushalte von Ruheständlern und Ruheständlerinnen sowie der sonstigen Haushalte verändert und welche Ungleichheiten bestehen bzw. neu hinzukommen. Es wird auch eine interpretatorische Brücke zu den Befunden Irene Beckers (vgl. Kapitel 13, 18) geschlagen, etwa bei der Frage der Vermögensungleichheit, die hier bei Vermögenseinkommen und Wohnungseigentum beobachtet werden kann. Schließlich zeigen Szenarien zum Armutskonsum, zum nachhaltigen Konsum und zu Mietpreisen beispielhaft, welche Einflüsse und Wirkungen von bestimmten Modellannahmen auf Budgets und Konsumententscheidungen verschiedener Haushaltstypen ausgehen.

¹ Bei der Szenarioberechnung zu Mietpreisen aus Abschnitt 2.3 wurden die Eigentumsquoten auf Basis der EVS 2013 ermittelt.

1 Anzahl, Einkommen, Konsum und Sparen privater Haushalte bis 2030

Haushaltsspezifische Modellierung (DEMOS, Drosdowski/Stöver/Wolter 2015b)

Das sozioökonomische Haushaltsmodul DEMOS ist eine Ergänzung des ökonometrischen Projektions- und Simulationsmodells INFORGE für die sozioökonomische Modellierung (vgl. Kasten Kapitel 4). Es liefert detaillierte Strukturinformationen zu den wichtigsten haushaltsspezifischen Bereichen, nämlich Haushaltszusammensetzung, Einkommen, Konsum und Sparen. Die Datengrundlage bilden die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 2008 sowie der Mikrozensus. Die EVS Einkommens- und Konsuminformationen von 2008 werden unter Zuhilfenahme historischer Zeitreihen des makroökonomischen Modells INFORGE für verschiedene Haushaltstypen mit den kombinierten Merkmalen Haushaltsgröße und soziale Stellung des/der Haupteinkommensbeziehenden bis 2014 verlängert. Die Ergebnisse ab 2015 sind vollständig projiziert und sollen eine wahrscheinliche zukünftige Entwicklung aufzeigen. Eine zentrale Annahme ist konstantes haushaltstypisches Verhalten, d. h. es wird unterstellt, dass die einzelnen Haushaltstypen ihre Konsumpräferenzen und die grundsätzliche Zusammensetzung ihrer Einkommensgenerierung nicht verändern.

1.1 Veränderungen der Haushaltsanzahl und -struktur

Viele Konsumententscheidungen werden nicht individuell, sondern auf der Haushaltsebene getroffen und umgesetzt. Die Art zu Wohnen, die Frage der Mobilität, die dauerhafte Haushaltsausstattung, aber auch u. a. das Einkaufsverhalten für den täglichen Bedarf richten sich häufig nach der Größe und der sozialen Stellung des Haushalts.² Die Entwicklung der Haushaltsstrukturen ist damit eine wichtige Determinante für die zukünftige Einkommensentwicklung und die daraus entstehenden Konsummöglichkeiten.

Seit der Wiedervereinigung und dem Beginn der gesamtdeutschen Betrachtung 1991 ist die Anzahl der privaten Haushalte in Deutschland kontinuierlich gewachsen (vgl. Tabelle 17.1). Diese Entwicklung setzt sich auch zukünftig weiter fort, sodass die Haushaltsanzahl bis 2030 fast 43 Millionen erreicht.

Die Anzahl der Haushalte steigt vor allem dadurch, dass immer mehr Personen in Ein- bis Zweipersonenhaushalten leben. Dies gilt sowohl für ältere Personen nach Auszug der Kinder oder dem Tod ihrer Partner/Partnerinnen als auch für jüngere Singles oder Paare, die ihren Kinderwunsch immer später realisieren möchten. Dadurch sinkt die durchschnittliche Haushaltsgröße bis zum Ende des Projektionszeitraums auf 1,94 Personen pro Haushalt.

2 Weitere wichtige Einflussgrößen sind das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, Alter und Haushaltstyp (z. B. alleinerziehend, Paare). Durch die teilweise Überlagerung der Einflussgrößen (z. B. Arbeitslosenhaushalte und niedriges Haushaltsnettoeinkommen oder Dreipersonenhaushalt und Ehepaar mit einem Kind) wurden für die Modellierung von DEMOS zur besseren Handhabbarkeit und Übersichtlichkeit nur zwei Merkmale – sozialer Status und Haushaltsgröße – ausgewählt.

Tab. 17.1: Verteilung der Haushalte nach Größe (in %), durchschnittliche Haushaltsgröße und Gesamtzahl der Haushalte für ausgewählte Jahre

	1991	2000	2010	2020	2030
Strukturentwicklung der Haushalte nach Größe in %					
Einpersonenhaushalt	33,7	36,0	40,6	41,3	41,8
Zweipersonenhaushalt	30,8	33,3	34,0	34,7	35,2
Dreipersonenhaushalt	17,2	14,8	12,7	12,1	11,5
Vierpersonenhaushalt	13,4	11,6	9,4	8,8	8,5
Haushalt mit fünf und mehr Personen	4,9	4,3	3,3	3,1	3,1
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,3	2,2	2,0	2,0	1,9
Entwicklung der Haushaltsanzahl					
Anzahl der Haushalte in Tsd.	34.473	37.278	39.415	42.026	42.580
Wachstumsraten in %		0,9	0,3	0,4	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA) 2010, 2014. Eigene Berechnungen. Projektionen auf Basis der sozioökonomischen Modellierung (soem).

Neben der Verkleinerung werden die Haushalte auch immer älter: Abbildung 17.1 zeigt die Veränderung der Altersstruktur der Haushalte. Es wird erwartet, dass der Anteil der Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern/-bezieherinnen (HEB), die älter als 65 Jahre sind, stark zunimmt. Selbst unter der Annahme, dass ein Großteil der Personen in der Altersklasse 65 bis unter 70 aufgrund der Rente mit 67 dem Arbeitsmarkt erhalten bleibt, zählen künftig etwa 30 % der Haushalte allein aus Alters-

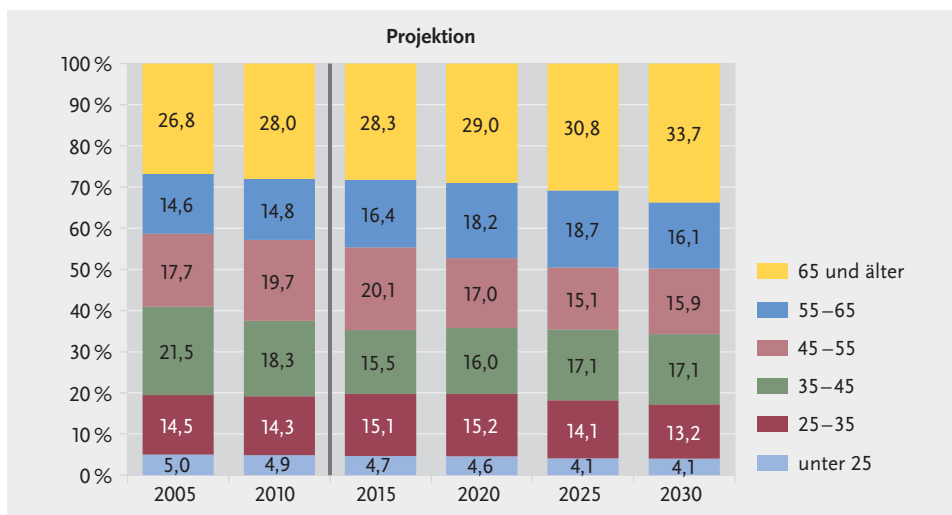


Abb. 17.1: Verteilung privater Haushalte nach Altersgruppen (der Haupteinkommensbezieher/der Haupteinkommensbezieherinnen HEB) in % für ausgewählte Jahre

Quelle: StBA 2014. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

gründen zu den Nichterwerbstätigenhaushalten. Da ältere Personen meistens in Ein- und Zweipersonenhaushalten leben, erklärt sich damit auch zum Teil der Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte in Relation zur Gesamthaushaltszahl in Tabelle 17.1.

Auch Tabelle 17.2 bestätigt diesen Befund: Der Anteil der Haushalte, die von Renten- und Pensionsbezug leben, steigt bis 2030 auf über 37 % an. Dagegen geht der Anteil von Erwerbstätigenhaushalten (Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen und Selbstständige) nach einem zwischenzeitlichen Anstieg aufgrund der günstigen Beschäftigungssituation langfristig zurück. Umgekehrt dazu entwickelt sich die Erwerbslosigkeit, sodass der Anteil der sonstigen Haushalte (größtenteils Arbeitslose, aber auch Studierende und sonstige Nichterwerbstätige) zunächst bis etwa 2020 abnimmt, dann aber wieder ansteigt. Langfristig nimmt der Anteil dieser Haushalte demografisch bedingt ab.

Insgesamt gewinnen also kleinere bzw. Ruheständler-Haushalte für die Höhe und Zusammensetzung des Einkommens sowie der Konsumstruktur immer mehr an Bedeutung. Den größten Einfluss behalten jedoch auch weiterhin die Arbeitnehmerhaushalte.

Tab. 17.2: Verteilung der Haushalte nach dem sozialen Status des/der HEB in % für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
Entwicklung der Haushaltsgruppenstruktur in %					
Selbstständige	6,3	5,6	5,7	5,6	5,4
Arbeitnehmer	52,5	53,9	53,4	51,6	50,4
Rentner und Pensionäre	30,2	31,6	32,9	34,5	37,2
Sonstige	10,9	9,0	8,0	8,2	7,0

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

1.2 Einkommen der privaten Haushalte

Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene entwickelt sich das verfügbare Einkommen für die privaten Haushalte sowohl in der historischen als auch in der zukünftigen Perspektive positiv (vgl. Kapitel 4 Abschnitt 2.3, Abbildung 4.7). Es besteht aus verschiedenen Komponenten – Bruttoeinkommen aus (un-)selbstständiger Arbeit, Vermögenseinnahmen sowie (nicht-)öffentlichen Transfers, die jede für sich unterschiedlichen Einflüssen unterliegen und sich dadurch verschieden schnell entwickeln.

Das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (blaue Balken in Abbildung 17.2) bildet die Haupteinkommensgrundlage und wichtigste Teilhaberesource der Gesellschaft. Öffentliche Transferzahlungen (orange Balken) sind die zweite große Quelle der Haushaltseinkommen, die aufgrund der Zunahme von Haushalten mit Ruhestandseinkommen aus gesetzlicher Rente oder aus Pensionen volkswirtschaftlich immer bedeutender wird. Durch die absehbaren ökonomischen und demografi-

schen Veränderungen ergibt die Projektion eine Zunahme bei den Lohneinkommen und öffentlichen Transferzahlungen (vor allem Rentenzahlungen). Die Selbstständigeneinkommen bzw. Nettobetriebsüberschüsse (rote Balken) wachsen durch die nachlassende Baukonjunktur zukünftig immer schwächer: Sehr viele Selbstständige sind vor allem als Handwerker im Baugewerbe verortet, wodurch die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit zu einem überwiegenden Teil von den nachlassenden Bauinvestitionen und der damit zusammenhängenden künftigen Produktionsverlangsamung im Baugewerbe bestimmt werden.³ Die Vermögenseinkommen hingegen steigen – nach krisenbedingten Verlusten im Zeitraum 2008 bis 2015 – durch eine Zunahme von Ausschüttungen an die privaten Haushalte überdurchschnittlich an.

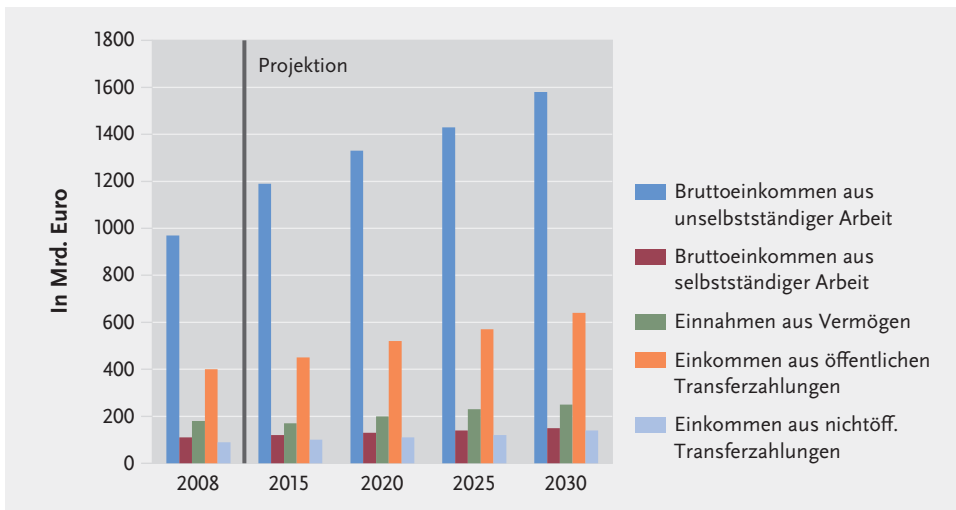


Abb. 17.2: Entwicklung der Einkommenskomponenten in Mrd. Euro für ausgewählte Jahre*

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

* Die Einnahmen aus Untervermietung wurden aufgrund ihrer geringen Höhe nicht weiter berücksichtigt.

Die Bruttoeinkommen werden im Rahmen der Umverteilung mit Abgaben (Einkommens- und Vermögenssteuern sowie Sozialbeiträgen) belegt. Die Abgabenbelastung (in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens), dargestellt als grüne Balken in Abbildung 17.3, reduziert sich zukünftig langsam, wovon allerdings nicht die Erwerbstätigenhaushalte profitieren, welche die Hauptlast der Sozialabgaben tragen. Vielmehr liegt der Grund der anteilig abnehmenden Abgabenbelastung darin, dass die Haushalte von Rentenbeziehenden an Bedeutung gewinnen, welche geringere Sozialbeiträge leisten. So steigen insbesondere nach 2015 die empfangenen monetären Sozialleistungen stärker als die geleisteten Sozialbeiträge.

³ Mehr Details zur Entwicklung der Bauinvestitionen finden sich in Kapitel 4 (2.2).

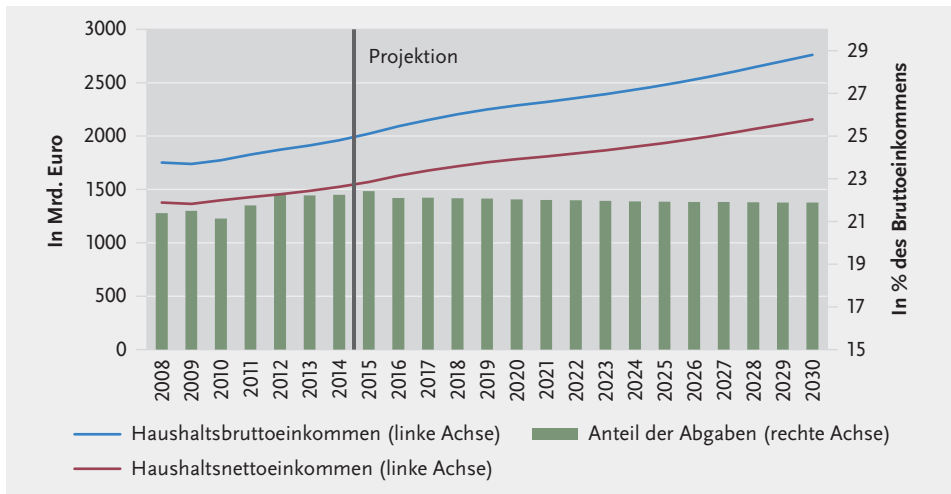


Abb. 17.3: Umverteilung des Haushaltsbruttoeinkommens* (linke Skala, in Mrd. Euro) sowie Abgabenbelastung (rechte Skala, in % des Bruttoeinkommens)

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

* Die Umverteilung zeigt sich in der Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen.

Tab. 17.3: Monatliches verfügbares Haushaltseinkommen pro Haushalt nach sozialem Status des/der HEB (in Euro bzw. % des Durchschnittseinkommens) für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
In Euro					
Selbstständige	4241	4462	4836	5189	5748
Arbeitnehmer	3484	3819	4199	4593	5145
Rentner und Pensionäre	2422	2514	2830	3028	3292
Sonstige	1245	1389	1505	1605	1746
Durchschnittshaushalt	2965	3241	3566	3835	4244
Relativ zum Durchschnittshaushalt (100 entspricht 100 %)					
Selbstständige	143	138	136	135	135
Arbeitnehmer	118	118	118	120	121
Rentner und Pensionäre	82	78	79	79	78
Sonstige	42	43	42	42	41
Durchschnittshaushalt	100	100	100	100	100

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Das unterschiedliche Wachstum der Einkommenskomponenten führt dazu, dass das verfügbare Einkommen auf der Haushaltsebene eine andere Entwicklung nehmen kann als auf der Makroebene. So können sich abhängig von der Zusammensetzung des Haushaltseinkommens deutliche Abweichungen vom durchschnittlichen

verfügbaren Einkommen ergeben. Dies verdeutlicht die Einkommensungleichheit in Höhe und Entwicklung der Haushaltseinkommen abhängig vom sozialen Status.⁴

Bereits in der Historie zeichnen sich Erwerbstätigenhaushalte – insbesondere die Selbstständigenhaushalte – durch überdurchschnittlich gute Einkommenspositionen aus, während die Haushalte von Renten- und Pensionsbeziehenden und die Haushalte von Arbeitslosen (diese bilden den Großteil der „sonstigen Haushalte“) unter dem Durchschnitt liegen. Zwischen dem Basisjahr 2008 und 2015 sind die monatlichen Einkünfte der Selbstständigenhaushalte aufgrund der beschriebenen rückläufigen Vermögens- und nur langsam steigenden Selbstständigeneinkommen relativ langsam gewachsen, sodass sie Einbußen gegenüber dem Durchschnitt erfahren (um fünf Prozentpunkte) und sich dem Durchschnittshaushalt angenähert haben. In Bezug auf die Ungleichheit hat diese Entwicklung also ausgleichenden Charakter. Auch der durchschnittliche Haushalt von Renten- und Pensionsbeziehenden hat aufgrund einer mäßigen Rentenentwicklung relativ zum Durchschnittshaushalt an Boden verloren. In diesem Fall erhöht sich jedoch der Abstand zum Durchschnittshaushalt und die Ungleichheit wird verstärkt.⁵

Zukünftig ist zu erwarten, dass sich die Unterschiede in der Einkommensverteilung nicht abbauen. Obwohl die Einkommen aller sozialen Gruppen pro Haushalt steigen, profitieren nach 2020 vor allem die Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenhaushalte von der wirtschaftlichen Entwicklung, welche mit steigenden Arbeitseinkommen einhergeht. Dies liegt vorrangig an der Knappheit von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt, wodurch höhere Lohnsteigerungen durchgesetzt werden können (Drowski/Stöver/Wolter 2015c; vgl. Kapitel 1 Abschnitt 1.1.1, Kapitel 4 Abschnitt 2.3). Da zu diesen über die Hälfte der Haushalte gehört, erhöhen sie auch das Durchschnittseinkommen. Daran gemessen verschlechtert sich die künftige Einkommensposition der einkommensschwächeren Haushalte. Die größten relativen Einkommensverluste erleiden auch künftig die Selbstständigenhaushalte, deren Einkommensniveau aber immer noch am höchsten bleibt.

Bei einer Betrachtung nach Haushaltsgröße (vgl. Tabelle 17.4) zeigt sich die Einkommensspreizung und Ungleichheitsentwicklung zwischen 2008 und 2015 auf den ersten Blick nicht. Vielmehr können alle Haushaltsgrößen ihre relative Einkommensposition zum Durchschnitt verbessern, das heißt Haushalte oberhalb des Mittelwerts vergrößern den Abstand zum Durchschnitt, während Haushalte unterhalb des Mittelwerts den Abstand verringern. Einzige Ausnahme bilden die Haushalte mit zwei Personen, die ihre Position im Vergleich zum Durchschnitt unverändert halten. Dennoch zeichnen sich Unterschiede in der Höhe der Einkommenszuwächse zwischen den Haushaltsgrößen ab. So können die Drei- und Vierpersonenhaushalte, welche häufig Haushalte mit einer „klassischen“ Familienkonstellation

4 Die EVS enthält keine Angaben zu Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 Euro und mehr, da deren Bereitschaft zur Beteiligung an der Erhebung zu niedrig ist (StBA 2008). In den vorliegenden Analysen können sehr einkommensstarke Haushalte deshalb keine Berücksichtigung finden.

5 Kapitel 13 (Abschnitt 13.2) kommt zu ähnlichen Ergebnissen, jedoch mit dem Fokus auf Armut.

aus arbeitenden Eltern und einem oder zwei Kindern repräsentieren, die größte relative Einkommenssteigerung erfahren. Durch die Erwerbstätigkeit profitieren sie vor allem von den relativ stark wachsenden Erwerbstätigeneinkommen. Im Vergleich zum Durchschnittshaushalt können sie ihre Position dadurch am schnellsten verbessern und verstärken somit den Unterschied zwischen den Haushalten. Im Vergleich dazu beinhalten Ein- und Zweipersonenhaushalte relativ wenig Erwerbstätige, dafür aber gegenüber größeren Haushalten überdurchschnittlich viele Ruheständler und Ruheständlerinnen, Arbeitslose sowie Studierende mit geringeren Einkommenszuwächsen. Die relative Einkommensverbesserung in Form einer Annäherung an den Durchschnitt verläuft dadurch langsamer und führt nicht zu einem nachhaltigen Abbau der Ungleichheit.

Für die Zukunft ist auch bei den Haushalten nach Haushaltsgröße mit keiner weiteren Annäherung in den Einkommenspositionen bis 2030 zu rechnen. Während die Drei- und Vierpersonenhaushalte den Abstand zum Durchschnittshaushalt weiter vergrößern können, bleiben die übrigen Haushalte in ihrer relativen Einkommensposition unverändert.

Tab. 17.4: Monatliches verfügbares Haushaltseinkommen pro Haushalt nach Haushaltsgröße (in Euro bzw. % des Durchschnittseinkommens) für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
In Euro					
Einpersonenhaushalt	1759	1967	2182	2347	2604
Zweipersonenhaushalt	3251	3573	3964	4268	4710
Dreipersonenhaushalt	4025	4527	4985	5408	6043
Vierpersonenhaushalt	4698	5242	5749	6238	6955
Haushalt mit fünf und mehr Personen	5024	5602	6120	6621	7362
Durchschnittshaushalt	2965	3241	3566	3835	4244
Relativ zum Durchschnittshaushalt (100 entspricht 100 %)					
Einpersonenhaushalt	59	61	61	61	61
Zweipersonenhaushalt	110	110	111	111	111
Dreipersonenhaushalt	136	140	140	141	142
Vierpersonenhaushalt	158	162	161	163	164
Haushalt mit fünf und mehr Personen	169	173	172	173	173
Durchschnittshaushalt	100	100	100	100	100

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Aufbauend auf Becker (2014a) wird in Drosdowski, Ritter und Stöver (2016) die Änderung der verfügbaren Einkommen für das jeweils unterste Quintil der Einkommensverteilung nach der Haushaltsgröße abgeschätzt und ins Verhältnis zum Durchschnitt gesetzt. Es zeigt sich, dass die unterste Einkommensschicht in kleinen Haushalten verglichen mit dem Gruppendurchschnitt bis 2030 leicht an Boden ge-

winnen kann, während die Einkommensdisparität bei Haushalten mit mehr als zwei Mitgliedern mit steigender Haushaltsgröße zunimmt (Abbildung 17.4).

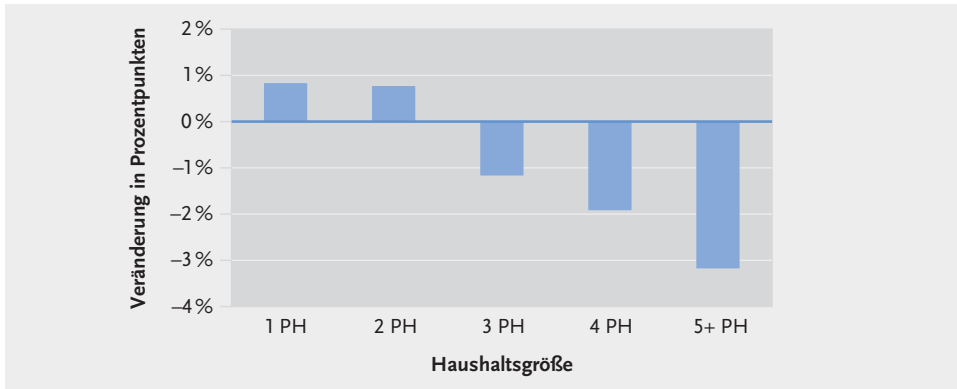


Abb. 17.4: Veränderung der Einkommensrelation zwischen dem untersten Quintil und dem Durchschnittshaushalt für alle Haushaltsgrößen (2008 bis 2030) in Prozentpunkten

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

In den Ein- und Zweipersonenhaushalten, die zunehmend von Rentenbeziehenden dominiert werden und daher auf gesetzliche Renten, Pensionen oder kapitalgedeckte Sicherungssysteme (z. B. Lebensversicherungen) angewiesen sind, kommt es also zu einer stärkeren Kompression der verfügbaren Einkommen. Dagegen führen die Arbeitsmarktentwicklungen dazu, dass die Zahl der Haushalte von Erwerbstätigen relativ zu anderen Haushaltstypen unter den größeren Haushalten zunimmt und das Erwerbseinkommen am verfügbaren Einkommen einen wachsenden Anteil einnimmt. Die steigenden Einkommensdisparitäten resultieren aus der Ungleichverteilung der Löhne nach Branchen. Zudem sind Teile der Arbeitnehmerschaft als „Working Poor“ oder Aufstocker in Niedriglohnsegmenten der Volkswirtschaft tätig. Mit steigender Haushaltsgröße wächst die Bedeutung der (über die Zeit schwächer zunehmenden) Selbstständigeneinkommen für das untere Einkommenssegment, da der Anteil der Selbstständigenhaushalte an den Gesamthaushalten mit der Haushaltsgröße zunimmt.

1.3 Konsum und Sparen der privaten Haushalte

Das Haushaltseinkommen wird überwiegend für den Konsum aufgewendet, wobei der Anteil und die Höhe der Konsumausgaben abhängig vom sozialen Status und der Haushaltsgröße deutlich vom Durchschnitt aus Kapitel 4 (Abschnitt 2.4) abweichen können. Auch das Sparen, das im Wesentlichen als Differenz zwischen Einkommen und privatem Konsum betrachtet werden kann, sowie die Konsummuster variieren mit dem Haushaltstyp. Insbesondere die Konsumzusammensetzung hängt neben den Preisen auch von sozioökonomischen Faktoren wie Alter, sozialer Status etc. ab.

Tabelle 17.5 zeigt zunächst die historische und zukünftige durchschnittliche Verteilung der Konsumausgaben auf die Konsumverwendungszwecke von allen privaten Haushalten zusammen. Dabei werden sowohl die nominalen als auch die preisbereinigten (in Preisen von 2010) Ausgabenanteile ausgewiesen, da es in vielen Fällen unterschiedliche Niveaus (und somit Anteile) und Verläufe der Ausgaben in Abhängigkeit von Preisveränderungen und die Reaktionen darauf gibt.⁶

Tab. 17.5: Entwicklung der Anteile der nominalen und preisbereinigten (in Preisen von 2010) Konsumausgaben nach Verwendungszwecken am Gesamtkonsum (in %) für ausgewählte Jahre

	1991	2000	2010	2020	2030
Nominale Ausgaben in %					
Ernährung etc.	17,6	14,6	13,5	12,9	12,0
Kleidung	7,8	6,0	4,9	4,5	3,9
Wohnen ⁷	19,0	23,5	24,9	24,2	24,5
Ausstattung	8,1	7,8	6,5	6,7	6,2
Gesundheit	2,7	3,8	5,1	6,1	7,5
Verkehr	15,4	14,2	13,7	13,8	13,8
Kommunikation	1,7	2,5	2,8	2,5	2,1
Freizeit etc.	9,3	10,0	9,7	9,6	9,7
Bildung	0,5	0,6	0,8	0,9	1,1
Gaststätten etc.	5,3	5,3	5,0	5,6	5,6
Sonstiges	12,5	11,7	13,1	13,2	13,7
Preisbereinigte Ausgaben in %					
Ernährung etc.	17,2	15,6	13,5	12,3	11,6
Kleidung	6,3	5,2	4,9	4,6	4,4
Wohnen	23,2	24,2	24,9	23,5	23,5
Ausstattung	7,2	7,3	6,5	7,0	6,9
Gesundheit	2,7	3,9	5,1	6,1	7,5
Verkehr	17,3	15,2	13,7	13,2	12,0
Kommunikation	1,0	1,8	2,8	3,2	3,2
Freizeit etc.	8,1	8,6	9,7	10,2	10,6
Bildung	0,7	0,6	0,8	0,9	0,9
Gaststätten etc.	5,6	5,4	5,0	5,3	5,2
Sonstiges	10,7	12,2	13,1	13,7	14,2

Quelle: StBA 2015a. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

- 6 Durch die Setzung des Jahres 2010 als Referenzjahr für die Preise sind die nominalen und realen Konsumanteile in diesem Jahr deckungsgleich.
- 7 Unter dem Begriff Wohnen sind die tatsächlichen und unterstellten Mietzahlungen, Energieausgaben und Aufwendungen für die Wohnungsinstandhaltung zusammengefasst.

Im Aggregat, also für alle Haushalte gemeinsam, sind bereits seit 1991 einige Trends deutlich beobachtbar, die größtenteils auch in der Zukunft Fortbestand haben dürften. Unter den konsumierten „Basisgütern“ (vgl. Becker 2014a), deren Anteil vor allem preisbereinigt bis 2030 immer weiter fällt, verlieren die Ernährung (Nahrungsmittel zuzüglich Getränke und Tabakwaren) und die Kleidung eindeutig an Bedeutung (vgl. Tabelle 17.5). Bei den Ausgaben für die Ausstattung (Dinge zur Haushaltsführung, Innenausstattungen usw.) wird der Rückgang von einem zwischenzeitlichen Anstieg bis 2020 unterbrochen, der vor allem durch eine vorübergehende Zunahme der Wohnungsanzahl zustande kommt. Dagegen kommt es zu einem beträchtlichen anteilmäßigen Zuwachs der Gesundheitsausgaben, insbesondere aufgrund der Alterung der Gesellschaft. In der größten Ausgabenkategorie Wohnen (mit Miete, Energie und Wohnungsinstandhaltung) sind Unterschiede zwischen den künftigen Verläufen der Anteile festzustellen, je nachdem, ob die nominalen oder preisbereinigten Ausgaben betrachtet werden. Aufgrund der langfristig steigenden Energiepreise und zugleich sinkenden Energieverbräuche werden sich die nominalen Ausgabenanteile für das Wohnen tendenziell kaum verändern. Real werden sie auf einem niedrigeren Niveau als 2010 verharren.⁸

Bei den verbleibenden Konsumausgaben, deren Großteil für soziokulturelle Teilhabe aufgewandt wird, reduziert sich der Anteil der preisbereinigten Verkehrsausgaben (Kauf von Fahrzeugen, Kraftstoffe, Verkehrsdienstleistungen), insbesondere weil die Anzahl der neu gekauften Pkw stetig abnimmt und die Kraftstoffverbräuche durch die Effizienzsteigerung bei den Motoren trotz eines Anstiegs am aktuellen Rand ebenfalls einem langfristigen Abwärtstrend unterliegen.⁹ Die Kraftstoffpreise steigen künftig wieder kontinuierlich überdurchschnittlich stark, wodurch der nominale Anteil dieser Ausgaben insgesamt stagnieren wird. Die Ausgabenanteile für Freizeit, Unterhaltung und Kultur werden aufgrund wachsender (Real-)Einkommen preisbereinigt weiterhin leicht zunehmen, während sie nominal ebenfalls eher stagnieren werden. Die Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen werden sich anteilmäßig eher unwesentlich verändern. Dagegen steigt jedoch weiterhin der Anteil der Ausgaben für Sonstiges (andere Waren und Dienstleistungen). Dazu zählen vor allem Ausgaben für Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Bei der Kommunikation (Nachrichtenübermittlung) erhöhen sich die preisbereinigten Anteile aufgrund des Preisverfalls bei den Telekommunikationsdiensten.

8 Die Entwicklung der Anteile und der absoluten Ausgaben vor allem im Bereich Wohnen können auseinanderfallen, d. h. während die Ausgaben im Verhältnis zu den Gesamtausgaben unverändert bleiben, können die tatsächlich getätigten Zahlungen an sich steigen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich die Gesamtausgaben um z. B. den Mietpreisanstieg erhöhen, da kein Ausgleich über Einschränkungen an anderer Stelle vorgenommen wird. Die Wirkung von Mietpreisänderungen wird in diesem Kapitel in Abschnitt 2.3 beschrieben.

9 Der kurzzeitige Anstieg am aktuellen Rand ist dadurch bedingt, dass die Nachfrage nach hochmotorisierten Fahrzeugen mit höherem Verbrauch durch die vorübergehend niedrigen Kraftstoffpreise zugenommen hat.

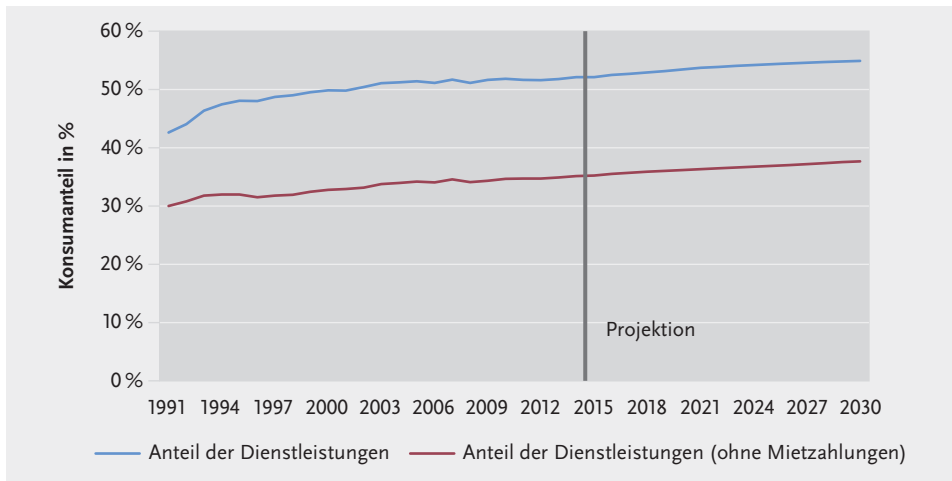


Abb. 17.5: Entwicklung der nominalen Konsumausgaben für Dienstleistungen (mit und ohne Mietzahlungen) in Relation zum Gesamtkonsum (in %) von 1991 bis 2030

Quelle: StBA 2015a. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Die Dienstleistungen nehmen unter den für die soziokulturelle Teilhabe relevanten Konsumausgaben einen anteilig hohen Stellenwert ein. Für die Entwicklung und Bewertung der zukünftigen Teilhabemöglichkeiten privater Haushalte ist deshalb der Anteil der Dienstleistungen am Gesamtkonsum ausschlaggebend (vgl. Kapitel 1 Abschnitt 2; Kapitel 4 Abschnitt 2.4). Der Dienstleistungsanteil am Konsum privater Haushalte (in jeweiligen Preisen) entwickelt sich künftig weiter positiv (vgl. Abbildung 17.5). Nach einer rapiden Zunahme in den 1990er-Jahren (um sieben Prozentpunkte von 1991 bis 2000), in deren Verlauf sich der Anteil auf über 50 % gesteigert hat, setzt er seinen Wachstumskurs bis zum Ende des Projektionszeitraums langsam fort und erreicht 55 %. Auch nach Herausrechnen der Mietausgaben bleibt die erkennbare Tendenz gleich: Die (bereinigten) Dienstleistungen steigen in ihrem Anteil am Gesamtkonsum von 30 % zu Beginn der Betrachtung auf etwa 38 % bis 2030. Die Verlangsamung ist teilweise auf die unterschiedliche Preisdynamik zwischen Dienstleistungen (+26 %, 2030 bezogen auf Basisjahr 2010) und nachgefragten Warenkategorien wie Energie (+55 %) zurückzuführen.

Vom Bedeutungsgewinn der Dienstleistungen können jedoch nicht alle dienstleistungsbezogenen Verwendungszwecke gleich stark profitieren. Wie in Tabelle 17.6 zu erkennen, ändert sich die innere Verteilung der Dienstleistungsausgaben. Der Anteil für Wohnen (ohne Energie) sinkt nach einem starken (zum Teil mietpreisbedingten) Anstieg in den 1990er-Jahren kontinuierlich, während die Gesundheitsdienstleistungen sowie persönliche Dienstleistungen (Dienstleistungen sozialer Einrichtungen und Dienstleistungen für die Körperpflege) in Relation wachsende Anteile erreichen. Die Bereiche Gastgewerbe, Finanzen und Mobilität bleiben nach Verlusten in den 1990er-Jahren in ihren Anteilen nahezu stabil.

Tab. 17.6: Struktur der nominalen Dienstleistungsausgaben (in % des Dienstleistungskonsums) für ausgewählte Jahre

	1991	2000	2010	2020	2030
Dienstleistungskonsum in Mrd. Euro	365,51	570,65	711,87	919,95	1128,88
Struktur der Dienstleistungsnachfrage in %					
Wohnen (ohne Energie)	34,1	39,3	37,8	36,3	35,3
Gesundheit	3,6	4,7	6,0	6,6	7,6
Mobilität	11,8	10,2	10,3	10,7	11,0
Kommunikation	4,0	4,5	4,9	4,2	3,6
Freizeit etc.	7,3	7,9	7,2	7,3	7,3
Gaststätten etc.	12,4	10,5	9,6	10,4	10,2
Persönliche Dienstleistungen	3,1	3,8	4,4	4,8	4,9
Finanzen	16,1	11,6	12,3	11,7	12,1
Sonstige	7,7	7,4	7,6	7,8	8,1
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: StBA 2015a. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Die Veränderungen im Gesamtkonsum bilden nur das Ergebnis haushaltsspezifischer Konsumveränderungen ab. Jede Haushaltsgruppe reagiert auf ihre oben beschriebenen individuellen Einkommensveränderungen und passt ihre Konsumausgaben dem neuen Ausgabenbudget an. In Tabelle 17.7 und Tabelle 17.8 ist die Verteilung, Höhe und Entwicklung der Konsumausgaben insgesamt für verschiedene Haushaltstypen nach sozialem Status und Haushaltsgröße dargestellt.

Die Arbeitnehmerhaushalte übernehmen sowohl in der Vergangenheit als auch in Zukunft den größten Anteil am Gesamtkonsum (vgl. Tabelle 17.7), da sie die meisten Haushalte stellen (vgl. Tabelle 17.2) und die höchsten Einkommen pro Haushalt zur Aufbringung des Konsums aufweisen (vgl. Tabelle 17.3). Im Verhältnis zu ihrem Einkommensanteil von fast 62 % (2008) bzw. 61 % (2030) hat der Konsumanteil mit einem Wert von 59 % bzw. zukünftig 57 % ein geringeres Gewicht am Gesamtkonsum, d. h. sie weisen eine geringere Konsumquote auf als die anderen Haushaltstypen und legen einen vergleichsweise größeren Teil zum Sparen zurück. Ähnlich verhält es sich bei den Selbstständigenhaushalten. Während sie 2008 9 % der Einkommen generieren, tragen sie nur 8 % zum Konsum bei. Bis 2030 bleibt die Differenz von knapp einem Prozentpunkt zwischen den beiden Quoten bestehen. Im Gegensatz dazu haben die restlichen, nicht erwerbstätigen Haushaltsgruppen höhere Konsumals Einkommensanteile: 2008 tragen die Haushalte von Renten- und Pensionsbeziehenden zwei Prozentpunkte mehr zum Konsum als zum Einkommen bei (Einkommensquote 25 %) und die sonstigen Haushalte gut einen Prozentpunkt (Einkommensquote knapp 5 %). Dies deutet auf weniger Sparen oder Entsparen hin, was bei Haushalten mit Ruheständlern und Ruheständlerinnen durchaus gewollt sein kann, bei Arbeitslosenhaushalten jedoch möglicherweise auf eine sich zuspitzende Zwangslage und ein erhöhtes Armutsrisiko hindeutet (vgl. Kapitel 13

Abschnitt 5.1). In der Projektion bleibt das Verhältnis der Einkommens- und Konsumbeteiligung bei den sonstigen Haushalten relativ unverändert, während die Konsumanteile der Haushalte von Renten- und Pensionsbeziehenden aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft voraussichtlich um über fünf Prozentpunkte steigen und die Diskrepanz zum Einkommensbeitrag sogar noch erhöhen.

Tab. 17.7: Entwicklung der Konsumbeteiligung (Anteil des Haushalts am Gesamtkonsum in %) und der Konsumausgaben (pro Haushalt, in Euro und relativ zum Durchschnitt in %) nach dem sozialen Status der/des HEB für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
Anteile von Haushaltsgruppen am Konsum in %					
Selbstständige	8,2	7,2	7,0	6,8	6,7
Arbeitnehmer	58,6	60,6	59,3	58,1	57,0
Rentner und Pensionäre	27,4	27,8	29,4	30,7	32,7
Sonstige	5,8	4,4	4,3	4,3	3,7
Durchschnittliche Konsumententwicklung pro Haushalt nach Status des/der HEB in Euro					
Selbstständige	2949	3114	3306	3519	3857
Arbeitnehmer	2500	2757	2967	3215	3558
Rentner und Pensionäre	2043	2156	2392	2551	2760
Sonstige	1418	1590	1737	1862	2048
Durchschnittshaushalt	2245	2468	2669	2856	3136
Konsumententwicklung pro Haushalt relativ zum Durchschnitt (100 entspricht 100 %)					
Selbstständige	131	126	124	123	123
Arbeitnehmer	111	112	111	113	113
Rentner und Pensionäre	91	87	90	89	88
Sonstige	63	64	65	65	65
Durchschnittshaushalt	100	100	100	100	100

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Wie schon beim Einkommen zeigt sich die Ungleichheit zwischen den verschiedenen Haushalten auch beim Konsum. Die Konsumausgaben der Erwerbstätigenhaushalte, insbesondere der Selbstständigenhaushalte, fallen wie beim Einkommen überdurchschnittlich hoch aus, während die übrigen Haushalte nur unterdurchschnittliche Werte erzielen können. Dabei betragen die Konsumausgaben der Haushalte von Renten- und Pensionsbeziehenden pro Haushalt immerhin etwa 90 % des Durchschnittskonsums pro Haushalt, während die Situation der einkommensschwachen sonstigen Haushalte (vor allem Arbeitslosenhaushalte) wesentlich schlechter ist, da sie pro Haushalt nicht über zwei Drittel des Durchschnitts hinauskommen. Trotz dieses Abstands zum Durchschnittshaushalt übersteigen die Konsumausgaben der sonstigen Haushalte immer noch permanent ihr Einkommen, was negative Sparquoten, d. h. Verschuldung oder Vermögensauflösung, impliziert. Gleichzeitig ist der Unterschied zum Durchschnitt beim Konsum um 37 % (oder 21 Prozent-

punkte) kleiner als beim Einkommen. Für die Zukunft bleiben die Relationen zum Durchschnitt im Zeitablauf weitgehend konstant. Nur die Selbstständigenhaushalte konsumieren aufgrund der nur mäßig steigenden Gewinneinkommen (vgl. Abbildung 17.2) zukünftig relativ weniger.

Tab. 17.8: Entwicklung der Konsumbeteiligung (Anteil des Haushalts am Gesamtkonsum in %) und der Konsumausgaben (pro Haushalt, in Euro und relativ zum Durchschnitt in %) nach Haushaltsgröße für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
Anteile von Haushalten am Konsum nach Haushaltsgröße in %					
Einpersonenhaushalt	24,9	26,4	26,9	27,1	27,3
Zweipersonenhaushalt	38,3	39,0	39,7	40,2	40,4
Dreipersonenhaushalt	16,7	16,1	15,6	15,2	15,0
Vierpersonenhaushalt	14,5	13,4	12,9	12,7	12,6
Haushalt mit fünf und mehr Personen	5,6	5,1	4,9	4,8	4,7
Durchschnittliche Konsumententwicklung pro Haushalt nach Haushaltsgröße in Euro					
Einpersonenhaushalt	1418	1590	1737	1862	2048
Zweipersonenhaushalt	2495	2762	3014	3231	3545
Dreipersonenhaushalt	2922	3286	3539	3807	4204
Vierpersonenhaushalt	3312	3699	3971	4270	4704
Haushalt mit fünf und mehr Personen	3638	4041	4322	4637	5095
Durchschnittshaushalt	2245	2468	2669	2856	3136
Konsumententwicklung pro Haushalt relativ zum Durchschnitt (100 entspricht 100 %)					
Einpersonenhaushalt	63	64	65	65	65
Zweipersonenhaushalt	111	112	113	113	113
Dreipersonenhaushalt	130	133	133	133	134
Vierpersonenhaushalt	148	150	149	149	150
Haushalt mit fünf und mehr Personen	162	164	162	162	162
Durchschnittshaushalt	100	100	100	100	100

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Bei einer Betrachtung nach Haushaltsgröße (vgl. Tabelle 17.8) tragen kleine Haushalte mit bis zu zwei Personen aufgrund ihrer hohen Gesamtzahl am meisten zum Konsum bei. Dadurch, dass viele Renten- und Pensionsbeziehende unter diese Haushalte fallen, ist auch zu erklären, dass der Konsumbeitrag höher ausfällt als der Einkommensbeitrag: Während Einpersonenhaushalte gut 23% des gesamten Einkommens innehaben, liegt ihr Anteil beim Konsum bei 25%. Bei Zweipersonenhaushalten liegt das Verhältnis mit knapp 38% beim Einkommen und gut 38% beim Konsum fast gleichauf. Bis 2030 bleiben diese Unterschiede zwischen Einkommens- und Konsumquoten weiter bestehen. Zudem gewinnen vor allem die kleinen Haushaltsgrößen infolge der demografischen Veränderungen weiter hinzu, sodass ihre Konsumausgaben weiter Anteile am Gesamtkonsum hinzugewinnen.

Die monatlichen Konsumausgaben pro Haushalt liegen bei der Aufteilung nach Haushaltsgröße im Gegensatz zur Betrachtung nach sozialer Stellung grundsätzlich unter den verfügbaren Einkommen, sodass alle Haushaltsgrößen Geld zurücklegen. Daraus kann geschlossen werden, dass das Sparverhalten eher durch die soziale Stellung als durch die Haushaltsgröße determiniert ist. Unterschiede zeigen sich vielmehr bei einer Pro-Kopf Betrachtung, da Größenersparnisse im Konsum realisiert werden können. Werden die Konsumausgaben auf Haushaltsmitglieder umgelegt, reduzieren sich die Werte von 1428 Euro (2008) bei Einpersonenhaushalten und 1248 Euro bei Zweipersonenhaushalten auf bis zu 728 Euro bei Haushalten ab fünf Personen. Auch in der Projektion bleiben die Skaleneffekte erhalten. Ein- und Dreipersonenhaushalte weisen zudem leicht stärkere Zuwächse im Konsum auf als die anderen Haushaltsgrößen.

Dadurch, dass der Durchschnittshaushalt durch die Konsumhöhe eines Zweipersonenhaushalts geprägt ist, liegen nur Einpersonenhaushalte unter dem Durchschnittswert, die übrigen Haushaltsgrößen darüber. Generell nimmt der Abstand mit der Haushaltsgröße zu. Im Vergleich der Abstände im Konsum mit denen der Einkommen fallen die Unterschiede zwischen den Haushalten im Konsum geringer aus. So ist z. B. der Abstand der Konsumausgaben der Vierpersonenhaushalte zum Durchschnitt um etwa zehn Prozentpunkte geringer als der Einkommensabstand (vgl. Tabelle 17.4). Insgesamt bleiben die relativen Abstände der Haushaltsgruppen über die Zeit so gut wie konstant.

Die verschiedenen Haushaltstypen unterscheiden sich nicht nur bei der Gesamthöhe der Konsumausgaben, sondern auch in der Konsumstruktur (vgl. Tabelle 17.9). Zwar messen alle Haushaltsgrößen den Bereichen Ernährung, Wohnen und Verkehr wie auch im Aggregat (vgl. Tabelle 17.5¹⁰) die größte Bedeutung am Gesamtbudget zu, dennoch zeigen sich bereits hier Unterschiede. So sind die Ausgaben für Wohnen bei Singlehaushalten anteilmäßig besonders hoch und nehmen durch gut realisierbare Größenersparnisse in diesem Bereich mit steigender Größe ab. Der Konsum von Nahrungs- und Genussmitteln hingegen steigt anteilmäßig mit der Haushaltsgröße. Die Anteile der Verkehrsausgaben nehmen zunächst mit steigender Haushaltsgröße zu, sinken aber, wenn die Haushaltsgröße drei Personen überschreitet. Größere Haushalte, die meistens aus häufig erwerbstätigen Paaren mit Kindern bestehen, haben gegenüber Paar- und Singlehaushalten eine höhere Mobilitätsanforderung aufgrund von Pendelaktivitäten, Familienausflügen, Fahrten zu Kindertagesstätten usw. Sind die Anfangsausstattungen wie z. B. ein Auto erst einmal getätigt, können wieder Skalenerträge realisiert werden.

Auffällige Abweichungen in der Ausgabenstruktur sind vor allem bei der Bildung, der Gesundheit und den Gaststätten zu erkennen. Haushalte ab vier Personen räumen der Bildung einen deutlich größeren Stellenwert ein als die anderen Haushalte

10 Tabelle 17.5 weist eine Konsumstruktur auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus, die neben der EVS mit ihren Abschneidegrenzen beim Einkommen (vgl. Becker 2014b) weitere Datenquellen und Berechnungsmethoden berücksichtigen.

und tragen dadurch zusammen fast 43 % der gesamten privaten Bildungsausgaben. Dies liegt daran, dass diese Haushaltsgrößen überwiegend durch Paare mit zwei oder mehr Kindern repräsentiert werden, für die Betreuung oder Nachhilfe organisiert wird. Bei der Gesundheit und den Gaststätten sind die Konsumanteile bei den Zweipersonenhaushalten, in denen die meisten Renten- und Pensionsbeziehenden leben, deutlich höher als bei den übrigen Haushalten.¹¹

Tab. 17.9: Konsumstruktur (in % der Verwendungszwecke am Gesamtkonsum) nach Haushaltsgröße für 2008 und Veränderung zwischen 2008 und 2030 in Prozentpunkten

	1 PH	2 PH	3 PH	4 PH	5 u. m. PH
Anteile 2008 in Prozent					
Ernährung etc.	12,8	13,9	15,4	15,7	16,5
Kleidung	4,1	4,4	5,1	5,6	5,6
Wohnen	37,5	31,6	30,3	30,0	30,6
Ausstattung	4,4	5,3	5,2	5,2	5,2
Gesundheit	4,2	5,1	3,5	3,0	2,9
Verkehr	12,1	14,8	16,5	16,0	15,6
Kommunikation	3,5	2,6	3,0	2,7	2,6
Freizeit etc.	11,4	11,8	10,6	11,3	11,3
Bildung	0,4	0,5	1,3	1,8	2,1
Gaststätten etc.	4,9	5,5	4,7	4,6	4,0
Sonstiges	4,6	4,4	4,5	4,1	3,8
Konsum insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Anteilsveränderung 2008 bis 2030 in Prozentpunkten					
Ernährung etc.	-2,1	-2,2	-2,1	-2,2	-2,4
Kleidung	-0,9	-1,0	-1,0	-1,1	-1,1
Wohnen	-0,4	-0,3	0,1	0,2	0,1
Ausstattung	0,0	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1
Gesundheit	2,8	3,3	2,3	1,8	1,8
Verkehr	-0,4	-1,0	-0,8	-0,8	-0,6
Kommunikation	-0,9	-0,6	-0,7	-0,6	-0,6
Freizeit etc.	0,5	0,6	0,5	0,6	0,7
Bildung	0,2	0,2	0,6	0,9	1,0
Gaststätten etc.	0,6	0,9	0,7	0,8	0,7
Sonstiges	0,5	0,3	0,5	0,4	0,4
Konsum insgesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

¹¹ Weitere Analysen der Konsumstruktur nach Haushaltsgröße finden sich in Kapitel 18 Abschnitt 4.2 bzw. in Becker 2014a.

Die Anteilsveränderungen im Untersuchungszeitraum folgen aus den Modellierungsannahmen, dass die Anteile der detaillierten einzelnen Ausgaben am verfügbaren Einkommen aller untersuchten Haushaltstypen gleichstarken Veränderungen unterliegen (Drosdowski/Stöver/Wolter 2014), also z. B. steigende Strompreise in ihrer Wirkung für alle Haushalte gleich sind. Daher spiegelt die Stärke der Veränderungen im Wesentlichen die Ausgangssituation und die unterschiedlichen Einkommensentwicklungen wider. Der Nahrungsmittelkonsum wird künftig in der Konsumstruktur der nach Größe differenzierten Haushaltsgruppen am stärksten zurückgehen. Die Rückgänge betragen zwischen 2,1 und 2,4 Prozentpunkte. Die gleiche qualitative Aussage – wenn auch quantitativ schwächer – gilt für die Bekleidungsausgaben. Der anteilmäßige Rückgang der Verkehrsausgaben ist am schwächsten bei den Singles, am stärksten bei den Zweipersonenhaushalten und wieder abnehmend bei noch größeren Haushalten. Dagegen sinkt der Anteil der Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung am stärksten bei den Einpersonenhaushalten und bleibt bei größeren Haushalten relativ stabil. Die Zuwächse betreffen am deutlichsten die Gesundheitspflege, deren Anteile bei den Zweipersonenhaushalten am stärksten steigen (um 3,3 Prozentpunkte), gefolgt von den Einpersonenhaushalten. Außerdem steigen (teilweise mit der Haushaltsgröße) insbesondere die Anteile der Ausgaben für Freizeit, Bildung, Gastgewerbe sowie andere Waren und Dienstleistungen. Die Anteile der Ausgaben für das Wohnen gehen bei den kleinen Haushalten etwas zurück, bei größeren Haushalten erhöhen sie sich hingegen leicht.

Tab. 17.10: Konsumausgaben nach Verwendungszwecken der Haushalte aus dem jeweiligen untersten Quintil in Prozent des Durchschnitts nach Haushaltsgröße (2008)

	1 PH	2 PH	3 PH	4 PH	5+ PH
Ernährung etc.	80,5	78,1	79,5	84,3	87,6
Kleidung	48,3	49,1	52,5	59,2	59,9
Wohnen	68,7	68,9	71,0	71,8	74,2
Ausstattung	42,2	39,4	48,7	56,9	53,6
Gesundheit	37,3	34,2	33,3	39,4	40,9
Verkehr	28,4	38,8	45,1	50,6	42,0
Kommunikation	75,3	81,9	85,1	89,2	92,7
Freizeit etc.	39,0	40,8	45,8	55,2	48,1
Bildung	86,6	76,4	52,9	64,7	54,1
Gaststätten etc.	33,4	33,6	35,4	45,3	46,1
Sonstiges	45,9	48,8	55,6	61,9	63,6
Basiskonsum	65,9	64,1	67,5	70,9	73,2
Soziokulturelle Teilhabe	39,7	43,1	48,5	55,6	50,2
Konsumausgaben insgesamt	56,2	55,8	59,8	64,7	64,2

Quelle: Drosdowski/Ritter/Stöver 2016. Projektionen mit soem.

Die Erkenntnisse für die einzelnen Haushaltsgrößen wurden wie bei den Einkommen dazu genutzt, den Konsum einkommensschwacher Haushalte in diesen Gruppen zu betrachten (Drosdowski/Ritter/Stöver 2016). Dabei wurden die für das Jahr 2008 von Irene Becker aus der EVS ermittelten Relationen der Ausgaben des untersten Quintils der Einkommensverteilung zum Durchschnitt verwendet (vgl. Tabelle 17.10).

Deutlich wird die geringe Distanz zum Durchschnitt bei den Ausgaben für Ernährung und Wohnen, für die diese Haushalte dementsprechend weitaus mehr in Relation zum Gesamtkonsum und verfügbaren Einkommen aufwenden müssen. Insgesamt geben sie trotz relativ geringer Ausgaben für die Gesundheit überdurchschnittlich viel für den Basiskonsum aus, während beim Konsum teilhaberelevanter soziokultureller Güter eine überdurchschnittliche Lücke gegenüber einkommensstärkeren Haushalten klafft.

Zwischen 2008 und 2030 steigen die Konsumausgaben des untersten Quintils relativ schwächer als die Ausgaben im Durchschnitt (für jede Haushaltsgröße). Dies liegt an den unterschiedlichen Ausgabenstrukturen, die sich angesichts der proportionalen Ausgabenänderungen für alle Quintile zwar gleichgerichtet, aber unterschiedlich stark verändern. Es findet bei den Haushalten des unteren Quintils also ebenfalls im Wesentlichen eine strukturelle Verlagerung weg von Lebensmitteln hin zu Wohnen und Gesundheit statt. Wie Abbildung 17.6 zeigt, sind die Verschiebungen in der Ausgabenstruktur einkommensschwächster Haushalte gegenüber den Durchschnittshaushalten jeder Größe jedoch nach Verwendungszwecken unterschiedlich. Sichtbar wird ein überdurchschnittlicher anteilmäßiger Zuwachs der Ausgaben für Wohnen und Mobilität, während der Anteil der Nahrungsmittelausgaben und der Gesundheitsausgaben relativ zum Durchschnitt sinkt. Diese Entwicklung kann als Hinweis interpretiert werden, dass die steigenden Energie- und Kraftstoffausgaben, die überdurchschnittlich die einkommensschwachen Haushalte belasten, für Energiearmut sorgen, was andere notwendige Konsumausgaben verhindert und damit auch zur Nahrungsmittelarmut beiträgt (vgl. Kapitel 20).

Tabelle 17.11 stellt die Struktur der Konsumausgaben pro Haushalt nach Status der HEB im Ausgangsjahr 2008 sowie die Veränderungen in Prozentpunkten bis 2030 dar. Auch hier zeigen sich wieder Unterschiede in der Konsumverteilung. Generell bleiben die Ausgaben für Ernährung, Wohnen und Verkehr die zentralen Konsumkomponenten. Die sonstigen Haushalte konzentrieren sich allerdings wegen ihres niedrigen verfügbaren Einkommens auf die ersten beiden Kategorien als lebensnotwendige Konsumausgaben zusammen mit Kommunikation. Im Vergleich zum Durchschnittshaushalt nehmen diese Konsumbereiche überproportional viel des Budgets in Anspruch. Dadurch bleibt für andere Konsummöglichkeiten kaum noch Spiel, wovon insbesondere die teilhaberelevanten Ausgaben (Gesundheit, Freizeit, Gaststätten und Sonstiges) betroffen sind. Auch Haushalte von Renten- und Pensionsbeziehenden weisen einen überdurchschnittlich hohen Konsumanteil für Wohnen auf, der sich aber überwiegend daraus ergibt, dass nach dem Auszug der Kinder

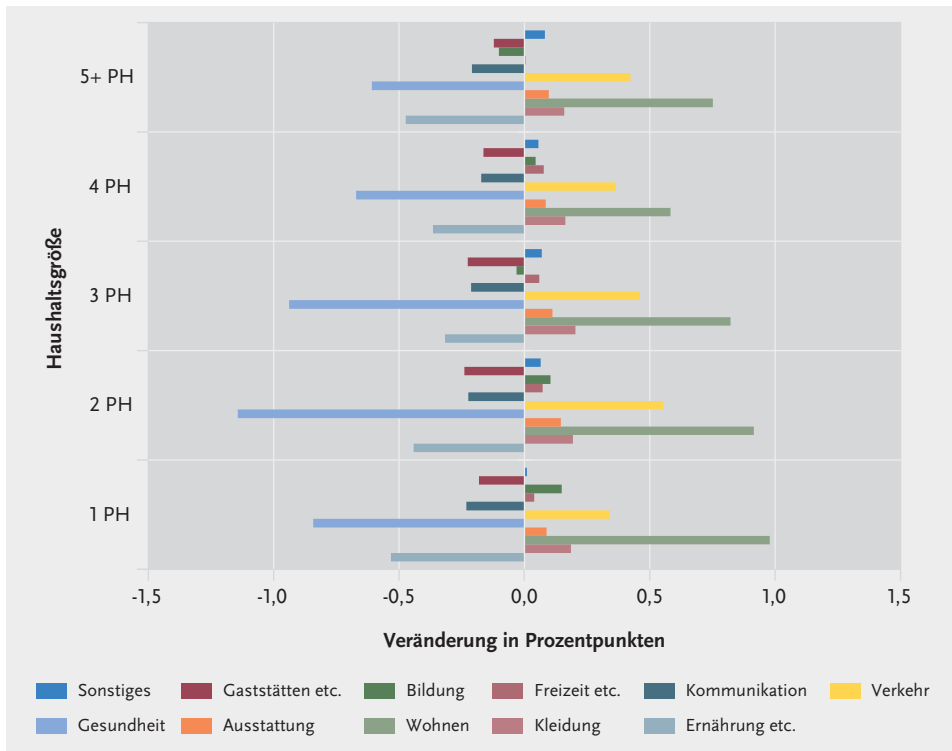


Abb. 17.6: Verschiebung der Ausgabenanteile des untersten Quintils relativ zur Verschiebung des Durchschnittshaushalts nach Haushaltsgröße 2030 gegenüber 2008 (in Prozentpunkten)

Quelle: Drosdowski/Ritter/Stöver 2016.

in relativ großen Wohnungen oder Häusern verblieben wird und gleichzeitig mehr Zeit zu Hause (mit entsprechend höherem Energieverbrauch) verbracht wird. Gleichzeitig widmen diese Haushalte vergleichsweise größere Konsumanteile der Gesundheit und Freizeit, während Bildung deutlich weniger Bedeutung beigemessen wird.

Zukünftig bleiben die Ausgabenanteile für Wohnen im Durchschnitt im Vergleich zu 2008 konstant, was jedoch das Ergebnis von gegenläufigen Entwicklungen bei den einzelnen Haushaltstypen ist. So findet bei den Haushalten von Renten- und Pensionsbeziehenden eine relative Bedeutungsabnahme statt. Für die sonstigen Haushalte (Arbeitslose, Studierende, sonstige Nichterwerbstätige) steigt der bereits überdurchschnittlich hohe Anteil noch. Ebenfalls Zuwächse im Budgetanteil weisen die Selbstständigenhaushalte auf. Am größten ist der anteilmäßige Anstieg der Ausgaben für Wohnen jedoch bei den Arbeitnehmer/-innen-Haushalten. Demgegenüber verliert die Ernährung am Konsumbudget über alle Haushaltstypen hinweg bis 2030 an Bedeutung, wobei der Rückgang bei den sonstigen Haushalten am höchsten ausfällt. Der Ausgabenanteil für Verkehr geht im Durchschnitt ebenfalls zurück,

was sich im Detail allerdings nicht bei den sonstigen Haushalten zeigt. Sie räumen dem Verkehr 2030 gegenüber 2008 anteilig mehr Budget ein. Den höchsten Bedeutungsverlust erleidet der Verkehr in diesem Zeitraum hingegen bei den Selbstständigenhaushalten.

Tab. 17.11: Konsumstruktur (in % der Verwendungszwecke am Gesamtkonsum) nach dem sozialen Status der/des HEB für 2008 und Veränderung zwischen 2008 und 2030 in Prozentpunkten

	Selbstständige		Arbeitnehmer		Ruheständler	
	Anteile in %	Veränderungen in %-Pkt.	Anteile in %	Veränderungen in %-Pkt.	Anteile in %	Veränderungen in %-Pkt.
	2008	2008–2030	2008	2008–2030	2008	2008–2030
Ernährung etc.	13,2	-2,0	14,3	-2,0	13,8	-2,3
Kleidung	5,2	-1,1	5,2	-1,1	3,7	-0,8
Wohnen	31,5	0,1	30,4	0,3	35,8	-0,7
Ausstattung	5,4	0,0	5,2	-0,2	4,7	-0,1
Gesundheit	3,4	2,0	3,2	2,0	6,9	3,8
Verkehr	16,1	-0,9	16,8	-0,8	10,9	-0,7
Kommunikation	2,8	-0,6	3,0	-0,7	2,3	-0,6
Freizeit etc.	11,0	0,6	11,4	0,6	12,2	0,3
Bildung	1,3	0,5	1,2	0,5	0,2	0,1
Gaststätten etc.	5,3	0,9	5,2	0,8	5,0	0,6
Sonstiges	5,0	0,5	4,3	0,4	4,6	0,3
Konsum insgesamt	100,0	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0
	Sonstige		Durchschnitt			
	Anteile in %	Veränderungen in %-Pkt.	Anteile in %	Veränderungen in %-Pkt.		
	2008	2008–2030	2008	2008–2030		
Ernährung etc.	18,5	-3,0	14,3	-2,2		
Kleidung	4,0	-0,7	4,7	-1,0		
Wohnen	41,3	0,1	32,6	0,0		
Ausstattung	3,9	0,1	5,0	-0,1		
Gesundheit	2,7	2,2	4,2	2,8		
Verkehr	8,6	0,2	14,6	-0,9		
Kommunikation	4,3	-1,0	2,9	-0,7		
Freizeit etc.	8,1	0,5	11,4	0,6		
Bildung	1,2	0,8	0,9	0,3		
Gaststätten etc.	3,2	0,6	5,0	0,8		
Sonstiges	3,9	0,4	4,4	0,4		
Konsum insgesamt	100,0	0,0	100,0	0,0		

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Der stärkste relative Ausgabenzuwachs pro Haushalt betrifft die Gesundheitsausgaben, wobei die Steigerung vor allem von den Haushalten von Renten- und Pensionsbeziehenden getragen wird. Für die anderen Haushaltsgruppen nehmen die Gesundheitsanteile hingegen nur unterdurchschnittlich zu. Von den Ausgabenarten, die als besonders relevant für die soziokulturelle Teilhabe bezeichnet werden können, geht – wenn die Verkehrsausgaben außer Acht gelassen werden – nur die relative Bedeutung der Ausgaben für Nachrichtenübermittlung zurück, besonders im Fall der sonstigen Haushalte mit den höchsten relativen Ausgaben in dieser Kategorie. Der 2008 mit über 11 % der Durchschnittsausgaben recht große Posten der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wird künftig nur mäßig steigen und nicht wesentlich die Differenzen zwischen verschiedenen Haushaltsgruppen verringern.

Durch die Unterschiede in Einkommens- und Konsumhöhe ergeben sich schließlich auch haushaltsabhängig Differenzen in der Ersparnis (vgl. Tabelle 17.12). Die höchsten Sparquoten weisen die Erwerbstätigenhaushalte auf. Aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten sowie der Notwendigkeiten der privaten Altersvorsorge im Laufe des Erwerbslebens werden diese Haushalte ihre Sparquoten künftig zudem weiter erhöhen. Die Selbstständigenhaushalte legen in Zukunft beinahe 20 % ihres verfügbaren Einkommens zurück, bei den Arbeitnehmer/-innen-Haushalten steigt die Quote auf knapp 15 % im Jahr 2030. Auch bei den Ruheständler/-innen-Haushalten steigt die Sparquote langfristig nach einem Rückgang der Spartätigkeit bis etwa 2015 moderat an. Dagegen verschlechtert sich etwas die Lage der sonstigen Haushalte, die künftig durch höhere übrige Ausgaben (z. B. für Versicherungsbeiträge) weiter stärker entsparen (z. B. über Verschuldung und Liquidierung ihres Vermögens).

Insgesamt sinkt die durchschnittliche Sparquote nach einem krisenbedingten Rückgang bis 2015 leicht und steigt dann bis 2030 (nach einem leichten Absinken 2025) auf beinahe 12 %. Die Sparquote nimmt mit der steigenden Haushaltsgröße zu, entsprechend dem steigenden Anteil der Erwerbstätigenhaushalte. Eine Ausnahme bilden die Haushalte mit fünf und mehr Personen, deren Sparquote im Zeitablauf zunächst unter den Vier- und später auch unter den Dreipersonenhaushalten liegt, was besonders damit zu tun hat, dass der hohe Anteil der Selbstständigenhaushalte in dieser Gruppe relativ stark zurückgeht.

Die Sparquoten des untersten Quintils sind 2008 weitgehend deutlich negativ, mit Ausnahme der Vierpersonenhaushalte, weil diese grundsätzlich die größten Anteile an Arbeitnehmer/-innen-Haushalten und die geringsten Anteile an Arbeitslosenhaushalten aufweisen (Drosdowski/Ritter/Stöver 2016). Im Fall von größeren Haushalten werden sie weiter zurückgehen – in kleineren Haushalten wegen der divergenten Einkommens- und Konsumententwicklungen sowie der steigenden übrigen Ausgaben allerdings weniger stark.

Tab. 17.12: Sparquoten (in %) verschiedener Haushaltstypen (nach sozialem Status des/der HEB und nach Größe) für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
Status der HEB					
Selbstständige	17,3	16,3	18,1	18,6	19,3
Arbeitnehmer	13,5	12,3	13,7	14,1	14,7
Ruheständler	2,5	-1,8	2,4	3,4	5,0
Sonstige	0,1	-1,1	-1,9	-2,0	-3,0
Haushaltsgröße					
Einpersonenhaushalte	7,4	5,7	7,7	8,0	9,0
Zweipersonenhaushalte	9,3	6,8	9,3	9,9	10,8
Dreipersonenhaushalte	12,6	12,0	13,4	13,8	14,3
Vierpersonenhaushalte	15,0	14,2	15,3	15,6	16,0
Haushalt mit fünf und mehr Personen	13,1	12,4	13,4	13,6	13,8
Insgesamt	10,5	8,7	10,6	11,0	11,7

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Tab. 17.13: Ersparnis der Haushalte in % der Gesamtersparnis für ausgewählte Jahre

	2008	2015	2020	2025	2030
Status der HEB					
Selbstständige	14,7	14,7	13,1	12,7	12,2
Arbeitnehmer	79,5	89,9	81,0	79,2	76,1
Ruheständler	5,8	-5,0	6,0	8,4	12,3
Sonstige	0,1	0,5	0,0	-0,3	-0,6
Haushaltsgröße					
Einpersonenhaushalte	16,6	16,1	18,4	18,5	19,6
Zweipersonenhaushalte	33,3	29,9	34,3	35,6	36,5
Dreipersonenhaushalte	20,9	23,1	20,8	20,3	19,5
Vierpersonenhaushalte	22,2	23,5	20,1	19,6	18,7
Haushalt mit fünf und mehr Personen	7,2	7,6	6,5	6,3	6,0

Quelle: EVS 2008. Eigene Berechnungen. Projektionen mit soem.

Die unterschiedlichen haushaltsspezifischen Sparquoten und die demografisch bedingte veränderte Zusammensetzung der Haushalte führen im Ergebnis zu einer Verlagerung der Verteilung der gesamten Ersparnisse. So wird die Spartätigkeit privater Haushalte im Wesentlichen von den Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenhaushalten vorgenommen (vgl. Tabelle 17.13), da sie von den lohngetriebenen Einkommenszuwächsen profitieren. Bis 2015 nimmt ihr Anteil an der Gesamtersparnis laut Projektion im Vergleich zu anderen Haushalten aufgrund von steigenden Lohn-einkommen und schwächer steigenden Konsumausgaben auf etwa 90 % zu – er wird jedoch langfristig auf etwa 76 % zurückgehen. Dagegen wird sich der Anteil der

Haushalte der Renten- und Pensionsbeziehenden vor allem wegen der steigenden Haushaltsanzahl dieser Gruppe von unter 6 % auf 12 % stark vergrößern. Der Anteil der Selbstständigenhaushalte sinkt moderat, von knapp 15 % auf 12 %, während die sonstigen Haushalte künftig nach einer Phase relativ ausgeglichener Einkommen und Ausgaben in einem im Vergleich zur Gesamtersparnis begrenzten Ausmaß entsparen werden. Nach der Haushaltsgröße betrachtet, werden kleine Haushalte, die 2008 etwa die Hälfte der Gesamtersparnis bilden, künftig einen noch höheren Anteil aufweisen (um etwa fünf Prozentpunkte) – wiederum insbesondere durch den Anstieg der Anzahl der Ruheständler/-innen-Haushalte. Am stärksten wird hingegen der Ersparnisanteil der Vierpersonenhaushalte sinken.

2 Szenarien

Im Rahmen der Arbeiten am Bericht wurden drei Szenarien gerechnet, die am Konsum der privaten Haushalte ansetzen. Zum einen wurde eine Reihe von Maßnahmen/Entwicklungen unterstellt, die den Konsum einkommensschwacher Haushalte betreffen. Zum anderen wurde ein längerfristiger Übergang zu einer ökologisch nachhaltigeren Struktur der Konsumausgaben untersucht. Schließlich wurden die Folgen einer Mietpreiserhöhung untersucht. Die Wirkungen der unterstellten Maßnahmen und Entwicklungen wurden anschließend durch einen Vergleich mit dem oben dargestellten Referenzszenario der Modellierung, d. h. der als wahrscheinlich unterstellten projizierten Entwicklung bis 2030, quantifiziert.

2.1 Szenarioergebnisse: Armutskonsum

Im Fokus der in diesem Abschnitt beschriebenen Szenariorechnungen steht der Konsum einkommensschwacher Haushalte, sodass der hauptsächliche Untersuchungsgegenstand als Armutskonsum bezeichnet wird. Alle Szenarien beziehen sich auf ein Jahr, 2017, und dienen einer vorsichtigen Abschätzung der Konsequenzen ihrer Annahmen.

Das erste „Armutsszenario“ unterstellt einen außergewöhnlichen Preisanstieg der Nahrungsmittel für den Konsum in Deutschland. Der größte historische jährliche Anstieg seit 1991 fand 2008 statt und betrug 6,7 %. Für 2017 unterstellen wir mit 10 % im Verhältnis zum Vorjahr einen etwas gravierenderen Preisanstieg, aber in ähnlicher Größenordnung.

Die Verteuerung der Nahrungsmittel hat einen unmittelbaren Effekt auf die Konsumnachfrage privater Haushalte. Preisbereinigt sinkt der Konsum um etwa 11 Mrd. Euro (0,7 %), was das Bruttoinlandsprodukt um 12 Mrd. Euro (0,4 %) gegenüber der Referenzentwicklung reduziert. Abgesehen davon werden keine weiteren besonderen quantitativen Wirkungen auf der Makroebene sichtbar. Unter den preisbereinigten Konsumausgaben sinken diejenigen für Nahrungsmittel am stärksten: um über 7 Mrd. Euro (6 %). Nominal gesehen steigen die gesamten Konsumausgaben jedoch

um 1,4 Mrd. Euro (0,1%), darunter vor allem die Ausgaben für die Nahrungsmittel (+5,8 Mrd. Euro oder 4,2%). Die Beschäftigung sinkt per Saldo um 3500 Erwerbstätige.

Durch höhere Umsätze und Gewinne in der Landwirtschaft kommt es nominal zu einem leichten Einkommenszuwachs pro Haushalt bei den Selbständigenhaushalten, die knapp 12 Euro pro Monat (0,3%) mehr zur Verfügung haben als in der Referenz. Bei anderen Haushaltstypen hingegen gibt es beim Einkommen keine erkennbaren Veränderungen. Die nominalen monatlichen Konsumausgaben steigen im Durchschnitt um etwa 4 Euro pro Haushalt. Relativ zum Durchschnitt steigt bei den Selbständigenhaushalten der monatliche private Konsum pro Haushalt aufgrund ihrer Einkommensgewinne um 7 Euro. Die Arbeitslosenhaushalte, deren Konsumstruktur einen hohen Nahrungsmittelanteil aufweist, geben gegenüber dem Durchschnitt verglichen mit der Referenz einen Euro mehr aus. Unterdurchschnittlich stark belastet sind dagegen die Ruheständler/-innen-Haushalte mit 2 Euro pro Monat weniger als der Durchschnitt der Haushalte. Die Konsumausgaben des untersten Quintils steigen mit der Haushaltsgröße. Bei den Einpersonenhaushalten beträgt die zusätzliche Belastung etwa 3 Euro (+0,3%) und erreicht etwa 15 Euro bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen (+0,6%). Gegenüber dem jeweiligen Durchschnitt (nach Haushaltsgröße) ergibt sich damit eine geringe Steigerung um etwa 0,1 Prozentpunkte gegenüber der Referenz. Die Sparquoten der Haushalte im untersten Einkommensquintil werden durch die Ausgaben noch negativer, denn sie vermindern sich um 0,4 bis 0,5 Prozentpunkte. Armutshaushalte werden von einer Lebensmittelpreiserhöhung also überproportional betroffen, indem sie ihre Ersparnisse noch stärker abbauen bzw. Schulden aufbauen müssen und sich ihre Teilhabechancen an gesellschaftlichen Aktivitäten (Gastronomie, Kultur, Freizeit etc.) weiter reduzieren.

Im zweiten Szenario werden die Zahlungen des Arbeitslosengeldes II zusammen mit dem Sozialgeld um fünf Prozent gegenüber der Referenz erhöht, was mit einem geringen Anstieg dieser Transferleistung um monatlich etwa 2 Euro für den Durchschnittshaushalt gleichbedeutend ist. In diesem Fall steigt auf der Makroebene vor allem der preisbereinigte private Konsum (um knapp über 1 Mrd. Euro oder 0,1%) infolge der gestiegenen monetären Sozialleistungen. Die weiteren Komponenten des Bruttoinlandsprodukts ändern sich nicht nennenswert, sodass sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber der Referenz absolut ebenfalls um knapp über 1 Mrd. Euro erhöht. Die gesamte Erwerbstätigenzahl nimmt um etwa 5000 zu.

Die verfügbaren Einkommen pro Arbeitslosenhaushalt steigen im Zuge der Regelsetterhöhung um 36 Euro im Monat gegenüber der Referenz. Bei den anderen Haushalten sind die Steigerungen eher gering und betragen weniger als 2 Euro pro Haushalt. Infolgedessen steigen die nominalen Konsumausgaben pro Haushalt gegenüber der Referenz um weniger als 2%, wobei der Zuwachs bei den Arbeitslosenhaushalten monatlich insgesamt 33 Euro ausmacht und auch mit entsprechenden Mehrausgaben von etwa 9 Euro für soziokulturelle Teilhabe relevant ist. Bei den

restlichen Haushalten bleibt der Zuwachs unter einem Euro im Monat. Die einkommensschwächsten Haushalte erfahren hiermit eine Verbesserung gegenüber anderen Haushalten.

Beim dritten diskutierten Szenario wird bei den Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) angesetzt. Es wird unterstellt, dass die Preise der Konsumausgaben für die Verwendungszwecke „Telefon- und Telefaxgeräte, einschließlich Reparaturen“, „Telefon- und Telefaxdienstleistungen, Internet“ sowie „Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte und Zubehör, einschließlich Reparatur“ 2017 in der gleichen Höhe wie im Vorjahr bleiben, d. h. entgegen dem langfristigen Trend nicht sinken. Dabei geht es auch hier in erster Linie um die direkten Auswirkungen auf die privaten Haushalte und nicht um die Ursachen dieser Preisentwicklung. Vor allem einkommensschwache Haushalte sind von einer „digitalen Spaltung“ (vgl. Kapitel 20) bedroht und höhere IKT-Preise würden diese Bedrohungslage verschärfen.

Die im Vergleich zur Referenz höheren Preise verursachen einen Rückgang des preisbereinigten privaten Konsums um etwa 1,8 Mrd. Euro (0,1%), was das Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 Mrd. vermindert. Unter den Konsumausgaben sinkt vor allem der preisbereinigte Konsum von Gütern aus der Kategorie „Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte und Zubehör, einschließlich Reparatur“ (-1,3 Mrd. oder -3,2%). Nominal verändert sich der Konsum insgesamt kaum. Die Erwerbstätigenzahl sinkt um 3000 Personen. Weder die Einkommen noch die Konsumausgaben pro Haushalt verändern sich, die Gesamtausgaben bleiben nominal de facto unverändert. Es lässt sich also kein direkter Effekt auf die digitale Spaltung nachweisen. Es lässt sich aber vermuten, dass die reale Konsumreduktion im IKT-Bereich vor allem von den einkommensschwächeren Haushalten getragen wird.

2.2 Szenarioergebnisse: Ökologische Nachhaltigkeit

Das in Drosdowski, Stöver und Thobe (2016) berechnete Szenario eines nachhaltigeren ökologischen Haushaltskonsums zeigt, dass eine langfristige graduelle Umschichtung der Konsumausgaben weg von ressourcen- und energieintensiven Gütern hin zu nachhaltig bewerteten Dienstleistungen im Zeitraum 2015 bis 2030¹² neben den unterstellten positiven ökologischen Effekten insbesondere auch positive sozioökonomische Effekte aufweist.

Durch die tendenzielle Dematerialisierung des Konsums aufgrund der Nachfrageverschiebung hin zu Dienstleistungen werden weniger Vorleistungen (z. B. Rohstoffe) und fertige Güter importiert, wodurch die deutschen Importe niedriger ausfallen als unter der Bedingung des in der Referenz angenommenen, weniger nachhaltigen Konsumverhaltens. Auch die Exporte sind geringer als in der Referenz, was auf eine

12 Bis 2030 sinken die nominalen Ausgaben der Haushalte für umweltschädliche Güter annahmegemäß um 10% und werden bei konstantem Gesamtkonsum durch weniger umweltbelastende Dienstleistungen ersetzt (vgl. Drosdowski/Stöver/Thobe 2016).

schwächere internationale Wettbewerbsfähigkeit infolge steigender Stückkosten und Produktionspreise zurückzuführen ist. Ihre negative Abweichung fällt jedoch niedriger aus als bei den Importen, sodass der Außenbeitrag im Vergleich zur Referenz höher liegt und damit positiven Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt nimmt. Ebenfalls positive Wirkungen entfaltet das Nachhaltigkeitsszenario gegenüber der Referenz bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Auf die Staatsausgaben nimmt die geänderte Konsumstruktur kaum Einfluss, sodass sich hier zwischen den beiden Verläufen so gut wie keine Änderungen zeigen. Insgesamt bedeutet dies für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 eine positive Abweichung um 5 Mrd. Euro nach oben, die bis 2030 auf 8 Mrd. Euro ansteigt. Prozentual gesehen liegt es 2030 um etwas mehr als 0,2 % über der Referenz.

Durch die sektoralen Produktionsverschiebungen finden auch Anpassungen am Arbeitsmarkt statt – weg von Wirtschaftszweigen mit industriellem Bezug hin zu Dienstleistungsbereichen mit hoher Arbeitsintensität. Während die Beschäftigungsabnahme in der Landwirtschaft sowie im verarbeitenden Gewerbe aber noch relativ gering ist, findet ein Abbau insbesondere im Bereich „Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur“ statt. Daneben sinkt auch die Erwerbstätigenzahl im Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ deutlich. Auf der Plusseite steht eine Reihe von Dienstleistungsbranchen, vor allem der Bereich der „haushaltsnahen Dienstleistungen“, das „Gastgewerbe“, „Erziehung und Unterricht“ und das „Gesundheits- und Sozialwesen“. Durch diese Umschichtung steigt die Arbeitskräfteknappheit, wodurch ein Lohnsteigerungsdruck entsteht, der zu einem Anstieg der durchschnittlichen Entlohnung führt, was wiederum steigende Preise zur Folge hat.

Infolge der veränderten Konsumweise finden auch Veränderungen der Teilhabebedingungen statt. Der Gesamtindex TBI (vgl. Kapitel 4) liegt im Nachhaltigkeitsszenario über der Referenz, d. h. ein nachhaltigerer Haushaltskonsum bringt verbesserte Teilhabebedingungen mit sich. Ursächlich hierfür sind die positiven Veränderungen einiger in den Index einfließender Einzelindikatoren. Dies führt dazu, dass das verfügbare Einkommen steigt, der Anteil des Vermögenseinkommens am Primäreinkommen zugunsten der Lohneinkommen sinkt und der Anteil der monetären Sozialleistungen am verfügbaren Einkommen zunimmt. Weiterhin verlieren die Energieausgaben gegenüber dem Gesamtkonsum an Bedeutung. Der Finanzierungssaldo des Staates steigt im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und die staatlichen Ausgaben für Bildung nehmen zu.

Auf der Haushaltsebene profitieren vor allem die Arbeitslosenhaushalte vom nachhaltigeren Konsumverhalten: Zum einen sinkt ihre Zahl, d. h. sie wechseln von der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit. Zum anderen haben die verbleibenden Arbeitslosenhaushalte ein höheres monatliches ausgabefähiges Einkommen zur Verfügung (vgl. Abbildung 17.7). Gleichzeitig müssen sie dieses jedoch überdurchschnittlich stark für den veränderten nachhaltigeren Konsum aufwenden (vgl. Abbildung 17.8). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den Haushalten von Ren-

ten- und Pensionsbeziehenden. Das zusätzliche Einkommen schlägt sich in vergleichsweise höheren Konsumausgaben nieder. Die Einkommensgewinne beider Haushaltstypen (im Vergleich zur Referenz) ergeben sich aus der Kopplung an das Erwerbstätigeneinkommen, das am stärksten gewinnen kann. So verzeichnen Arbeitnehmer/-innen-Haushalte infolge der Arbeitskräfteknappheit stärkere Lohnsteigerungen als in der Referenz und können pro Monat und Haushalt die höchsten positiven Abweichungen beim verfügbaren Einkommen erzielen. Gleichzeitig liegen

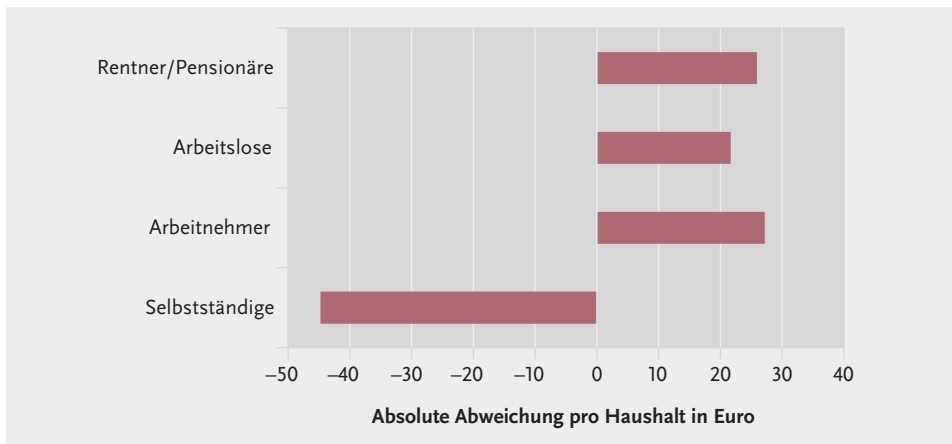


Abb. 17.7: Absolute Veränderung des monatlich ausgabefähigen Einkommens je Haushalt für verschiedene Haushaltstypen zwischen dem Basislauf und dem Nachhaltigkeitsszenario im Jahr 2030 (in Euro)

Quelle: Drosdowski/Stöver/Thobe 2016.

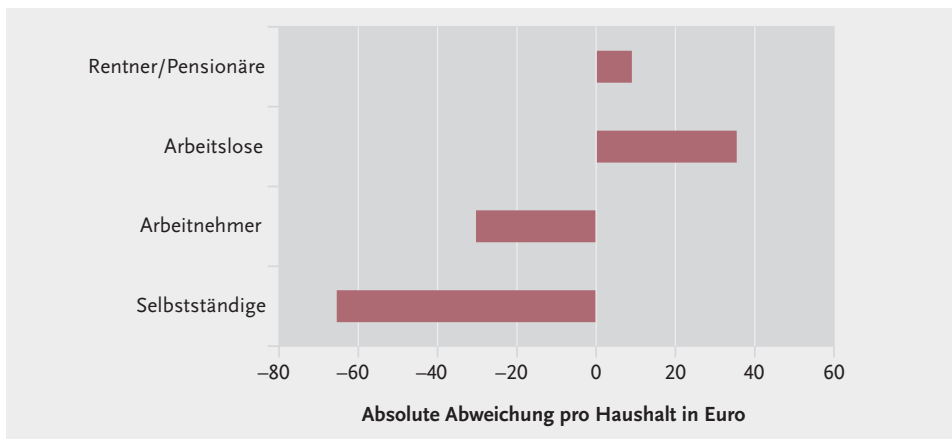


Abb. 17.8: Absolute Abweichung zwischen Basislauf und Nachhaltigkeitsszenario für die monatlichen Konsumausgaben privater Haushalte pro Haushalt vom Durchschnitt in Euro für 2030

Quelle: Drosdowski/Stöver/Thobe 2016.

ihre monatlichen Konsumausgaben niedriger als vorher. Selbstständigenhaushalte schränken ihre Konsumausgaben überdurchschnittlich ein, was zum Teil auf das niedrigere verfügbare Haushaltseinkommen zurückzuführen ist. Dies liegt vor allem an einem geringeren Einkommen für Landwirte, da infolge des nachhaltigeren Konsums weniger teure Lebensmittel (wie z. B. tierische Erzeugnisse) nachgefragt werden.

2.3 Szenarioergebnisse: Folgen von Mieterhöhungen für die Konsumstruktur verschiedener Haushalte

Die Eigentumsquote bei Wohnungen ist von knapp 42 % (2006) auf 47,5 % (2010) gestiegen. Von den z. T. starken Mietpreissteigerungen in zahlreichen Groß- und Universitätsstädten sind demnach immer geringere Bevölkerungsanteile betroffen. Das Eigentum verteilt sich allerdings nicht gleichmäßig auf die Haushalte, sodass die verschiedenen Haushaltstypen unterschiedlich von Mieterhöhungen betroffen sind: Die Eigentumsquote erstreckt sich von fast 90 % bei Beamtenhaushalten, in denen fünf und mehr Personen leben, bis hin zu 10 % bei vierköpfigen Familien, deren Haushaltsvorstand arbeitslos ist (StBA 2015b). Unter Verwendung der sozioökonomischen Modellierung des Einkommens- und Konsumverhaltens verschiedener Haushaltstypen (Drosdowski/Stöver/Wolter 2015b) wurde der Frage nachgegangen, wie sich das Konsumverhalten und die damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten der betroffenen Haushalte konkret durch einen Mietanstieg verändern.

In Bieritz und Stöver (2016) wurden zwei Szenarien gerechnet, wovon das erste sowohl auf die Anhebung der Bestandsmiete als auch auf die Neuvermietung von Wohnraum übertragen werden kann, da es die Vorgaben zur Erfüllung der Mietpreisbremse von maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete bei Neuvermietung von Wohnraum sowie die maximale Anhebung um 15 % in drei Jahren bei Bestandsmieten in Wohngebieten mit einer kritischen Wohnraumversorgung berücksichtigt. Das zweite Szenario ist lediglich auf die Mieterhöhung von Bestandsmieten anzuwenden. Die Mietpreissteigerungen in den berechneten Szenarien betragen 10 % im Jahr 2016 (Szenario 1) und 15 % im Jahr 2016 (Szenario 2).

In beiden Szenarien bewirken die höheren Mietausgaben einen Anstieg der Konsumausgaben. Ausgeglichen werden diese in erster Linie über niedrigere Sparquoten. Im Jahr des Mietanstiegs wird um durchschnittlich mindestens 14 % weniger gespart als in der Referenz (Szenario 1). Im Falle einer Mieterhöhung um 15 % (Szenario 2) liegt die Ersparnis sogar um über 20 % niedriger. Bis zum Ende des Projektionszeitraums erhöht sich die Sparneigung eines durchschnittlichen Haushalts nicht wieder. Das niedrigere Sparen bei unveränderten Einnahmen geht mit einem Rückgang der Sparquote der Haushalte einher. Durch die Mieterhöhung fällt die Sparquote im ersten Jahr des Preisanstiegs auf gut 9 %.

Wird der Fokus auf verschiedene Haushaltstypen mit über- und unterdurchschnittlich hohen Eigentumsquoten gelegt, wird ersichtlich, dass Haushalte mit hohen Eigentumsquoten und vergleichsweise hohen Sparquoten – wie z. B. Beamten- oder

Angestelltenhaushalte mit drei Personen – nur in geringem Maße von einer Mieterhöhung betroffen sind: Ihre Sparquoten gehen in den berechneten Szenarien um maximal 0,5 Prozentpunkte zurück (vgl. Abbildung 17.9). Bei Haushalten von Arbeitslosen mit drei Personen verringert sich die Sparquote 2016 hingegen um bis zu 2,5 Prozentpunkte (Szenario 2). Bei einem Einpersonenhaushalt, der Rente bezieht, fällt die Sparquote von vormals positiven 1,8 % durch die Mieterhöhung in Szenario 2 um bis zu 8 Prozentpunkte und damit in den negativen Bereich (-6,3 %), d. h. dieser Haushalt muss sein Ersparnis abbauen oder Schulden aufnehmen und wird sich sein gewohntes Umfeld langfristig nicht mehr leisten können.

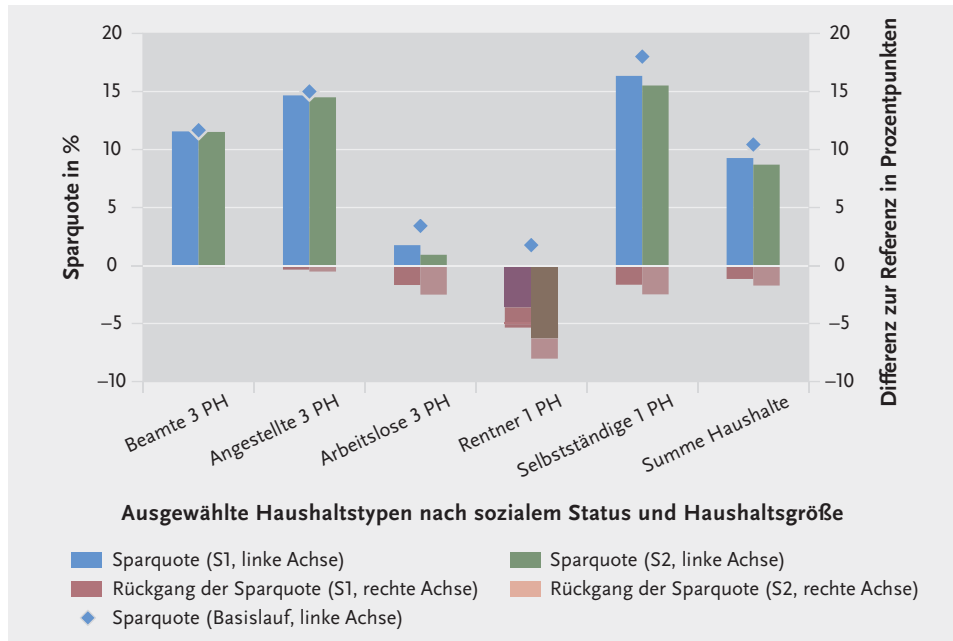


Abb. 17.9: Sparquoten (in %, linke Achse) und ihre Veränderung (in Prozentpunkten, rechte Achse) durch eine Mieterhöhung für ausgewählte Haushaltstypen im Jahr 2016

Quelle: Bieritz/Stöver 2016.

Dem niedrigeren Sparen folgt mit großem Abstand die Einschränkung des übrigen Konsums (ohne Mietausgaben). Die verschiedenen Haushaltstypen schränken sich also nur sehr verzögert bzw. ungern in ihrem Konsum ein. Einsparungen werden insbesondere in den Bereichen Bildung, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie den privaten Ausgaben für Gesundheit umgesetzt. In absoluten Zahlen betrachtet, werden im Jahr des Mietanstiegs zwischen 2 und 3,6 Mrd. Euro weniger für die übrigen Konsumverwendungszwecke (ohne Mieten) aufgewendet. Davon geht ein Drittel auf die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur.

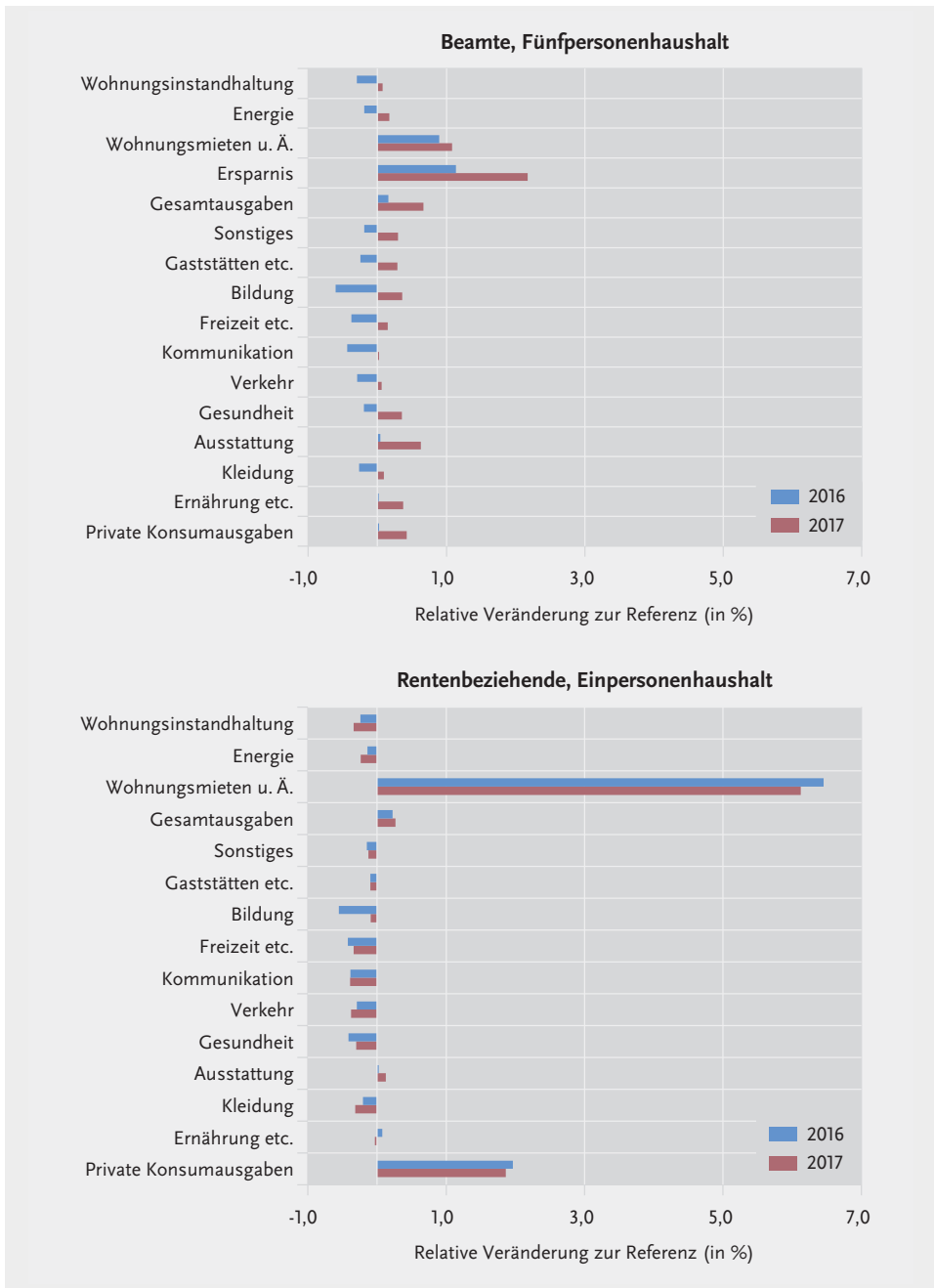


Abb. 17.10: Veränderte Konsumstruktur bei einem Beamtenhaushalt mit fünf und mehr Personen (oberes Bild) und bei einem Einpersonenhaushalt mit Rentenbezug (unteres Bild) im Szenario 1 gegenüber der Referenz (in Prozentpunkten) 2016 und 2017

Quelle: Bieritz/Stöver 2016.

Die beschriebenen Folgen einer Mieterhöhung treffen nicht auf Haushalte zu, in denen Personen leben, die grundsicherungsberechtigt sind, da diese die gestiegenen Mietkosten bei ihrer Kommune bzw. der Agentur für Arbeit geltend machen können. Ihr Ersparnis in Höhe des Schonvermögens sowie ihr Konsum schränken sich durch die Mieterhöhung somit nicht zusätzlich ein. Mitte des Jahres 2016 haben rd. 7 Millionen Personen in Deutschland Grundsicherung bezogen. Die Gegenüberstellung der veränderten Konsumstrukturen von Haushalten mit hoher und geringer Eigentumsquote – hier am Beispiel des Beamtenhaushalts mit fünf und mehr Personen für eine hohe Eigentumsquote (89 %) und des Einpersonenhaushalts mit Rentenbezug für eine geringe Eigentumsquote (36 %) – verdeutlicht die Auswirkungen einer Mieterhöhung über einen Zweijahreszeitraum hinweg. Während der Einpersonenhaushalt mit Rentenbezug (vgl. unteres Bild in Abbildung 17.10) seinen Konsum in den meisten Feldern auch noch im Jahr 2017 einschränken muss, kann der Beamtenhaushalt (ebd. oberes Bild) seine Konsumausgaben bereits ein Jahr nach der Mieterhöhung wieder für alle dargestellten Konsumverwendungszwecke erhöhen. Für Szenario 2 ergibt sich ein paralleles Bild.

Es zeigt sich, dass Mieterhöhungen zu einer temporären Verschiebung der Konsumstruktur zulasten der sozialen Teilhabemöglichkeiten (Nachrichtenübermittlung, Kultur und Freizeit, Bildung) der betroffenen Haushalte führen. Eine Anhebung der Miete verstärkt somit die Ungleichheit der Haushalte mit und ohne Eigentum: Während Haushalte ohne Eigentum die erlittenen Konsumeinschränkungen durch einen niedrigeren Aufbau ihrer Ersparnis (niedrigere Sparquote) ausgleichen müssen, sind Haushalte mit Eigentum bereits ab dem Jahr nach dem Mietanstieg in der Lage, ihren Konsum zu erhöhen. Dies ist auf die höheren Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zurückzuführen, die sie über die Mieterhöhung erwirtschaften.

3 Fazit

Kleinere Haushalte mit einer oder zwei Personen bzw. Haushalte mit Ruheständlern nehmen auch zukünftig weiter zu und gewinnen dadurch in der Gesellschaft an Bedeutung. Über ihr spezifisches Einkommen (Höhe und Zusammensetzung) wirken sie in wachsendem Umfang auf die Konsumstruktur ein. Dennoch bestimmen weiterhin die Arbeitnehmerhaushalte die Hauptentwicklung, da sie auch zukünftig die meisten Haushalte stellen werden.

Die Haupteinkommensgrundlage und wichtigste Teilhaberesource der Gesellschaft ist aufgrund dieser prägenden Haushaltszusammensetzung das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, gefolgt von den öffentlichen Transferzahlungen (vor allem gesetzliche Rente oder Pensionen). Die Einkommensungleichheit kann durch die Diskrepanz zwischen Erwerbseinkommen und Renten-/Pensionsansprüchen in Zukunft nicht verringert werden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Löhne und Gehälter aufgrund eines knapper werdenden Arbeitsangebots stärker steigen als die Renten.

Infolge dieser Einkommensunterschiede setzt sich die Ungleichheit auch im Konsum, wenn auch weniger stark ausgeprägt, weiter fort. Einige Haushaltstypen mit sehr geringem Einkommen gleichen den Abstand zum Konsum des Durchschnittshaushalts mit einer geringeren Sparleistung bzw. sogar Auflösen von Ersparnissen aus. Allerdings werden die Konsumausgaben in diesem Fall überwiegend nicht für teilhaberelevante, sondern für lebensnotwendige Konsumgüter getätigt. Trotz der im Vergleich zum Einkommen verringerten Ungleichheit im Konsum insgesamt ergibt sich daraus ein eklatanter Unterschied im Konsum soziokultureller Güter und Dienstleistungen, der sich auch in Zukunft nicht maßgeblich verbessern wird.

Eine Lebensmittelpreiserhöhung würde diese Ungleichheit bei Armutshaushalten noch weiter verstärken. Diese Haushaltstypen sind von solchen Preisänderungen überproportional betroffen, da sie ihre Ersparnisse noch stärker abbauen bzw. Schulden aufbauen müssen und sich ihre Teilhabechancen an gesellschaftlichen Aktivitäten (Gastronomie, Kultur, Freizeit etc.) weiter reduzieren würden. Eine Mietpreiserhöhung hat ähnliche Effekte auf die Spartätigkeit von Mieterhaushalten und würde die Verschuldungslage einiger einkommensschwacher Haushalte ebenfalls deutlich verschärfen. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II zusammen mit dem Sozialgeld verringert hingegen den Abstand der einkommensschwächsten Haushalte zu anderen Haushalten.

Literaturverzeichnis

- Becker, Irene (2014a):** Einkommen, Konsum und Sparen nach Quintilen des Haushaltsnettoeinkommens – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008. *soeb-Working-Paper* 2014-2. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2014_2_Becker_final.pdf. Stand: 27.12.2016.
- Becker, Irene (2014b):** EVS und SOEP: methodische Aspekte bei Verteilungsanalysen. *soeb-Working-Paper* 2014-3. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2014_3_Becker_final.pdf. Stand: 27.12.2016.
- Bieritz, Loreto/Stöver, Britta (2016):** Auswirkungen von Mieterhöhungen auf die Konsumstruktur. Ein Vergleich verschiedener Haushaltstypen miteinander. *soeb-Working-Paper* 2016-6. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2016_6_GWS_20160919.pdf. Stand: 27.12.2016.
- Deutsche Bundesbank (2016):** Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014. Monatsbericht März 2016. 61–86.
- Drosowski, Thomas/Ritter, Tobias/Stöver, Britta (2016):** Consumption of the poor in Germany: projecting the development until 2030. *soeb-Working-Paper* 2016-5. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2016_5_GWS_ISF_20160711.pdf. Stand: 27.12.2016.

- Drosdowski, Thomas/Stöver, Britta/Thobe, Ines (2016):** Wirkungen eines ökologisch nachhaltigeren Konsums: Ergebnisse einer Szenarioanalyse. *soeb*-Working-Paper 2016-3. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2016_3_GWS_final.pdf. Stand: 27.12.2016.
- Drosdowski, Thomas/Stöver, Britta/Wolter, Marc Ingo (2014):** Sozioökonomische Modellierung (*soem*) und Sozioökonomische Berichterstattung (*soeb*) – Abgrenzung und Zielsetzungen der *soem*. *soeb*-Working-Paper 2014-4. http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2014_4_GWS_final.pdf. Stand: 27.12.2016.
- Drosdowski, Thomas/Stöver, Britta/Wolter, Marc Ingo (2015b):** Consumption modelling considering different socio-economic household types. GWS Discussion Paper 15/15. Osnabrück.
- Drosdowski, Thomas/Stöver, Britta/Wolter, Marc Ingo (2015c):** The impact of ageing on income inequality. GWS Discussion Paper 15/16. Osnabrück.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2008):** Statistik von A bis Z – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Was beschreibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe? Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2010):** Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Konsum. Fachserie 15. Heft 4. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2014):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1. Reihe 3. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2015a):** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktsberechnung. Detaillierte Jahresergebnisse. Fachserie 18. Reihe 1.4. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (2015b):** Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Wohnverhältnisse privater Haushalte. Fachserie 15. Sonderheft 1. Wiesbaden.